



Dachverband

Ausgabe
Nr. 12 digital
Oktober 2009

KOMMUNALES management "digital"

Fachzeitschrift des Fachverbandes der leitenden Gemeindebediensteten Österreichs

inhalt

2-3 Dachverband

*Vorwort des Bundesobmannes,
Wissen ist Macht*

3-5 Dachverband

*Ausflug nach Grado/Triest
Buchvorstellung*

6-7 LV Salzburg

*Landesfachtagung 2009
Lehrlingsausbildung*

8-9 Wirtschaft

- Dr. Grazer - Ablagesysteme
- Landesversicherung - neues
Versicherungsprodukt

10-12 LV Oberösterreich

ZMR - Zuzugsmitteilung (unnötig)

12-13 LV Salzburg

Führen einmal anders

14-15 LV Kärnten

*Finanz- u. Risikomanagement
Besoldungsreform*

16-17 LV Vorarlberg

Das Projekt VLOTTE

18-19 Bank Austria

Liquiditätsmanagement

19-20 LV Tirol

Landesfachtagung 2009

21-28 LV Niederösterreich

Wissensmanagement

Lehrlingsausbildung im Bundesland Salzburg



Am 22.09.2009 begann eine praxisbezogene Ausbildungsreihe für Lehrlinge in den Salzburger Gemeinden. Es nehmen derzeit aus dem Flachgau und Tennengau 13 Lehrlinge teil.

Bericht: Seite 7

Diese Ausgabe wird unterstützt durch:





Vorwort des Bundesobmannes

Herausgeber, Eigentümer und Verleger:

FLGÖ - Fachverband für leitende
Gemeindebedienstete Österreichs,
Dachverband,
9800 Spittal a.d.Drau

homepage:
www.flgö.at

Für den Inhalt verantwortlich:

Herbert Maislinger,
Bundesobmann des FLGÖ

Zweck der Herausgabe:

Fachinformation für leitende
Gemeindebedienstete Österreichs

Erscheinungsrhythmus:

vierteljährlich
in digitaler Form

Layout/Satz:

Michaela Fuchsberger
Goldensteinstraße 10a, 5061 Elsbethen

Kontaktadresse des Bundesobmannes

Herbert Maislinger
Sonnensiedlung 21,
5201 Seekirchen am Wallersee

Tel.: 0676/6628001
Fax.: 06212/2308-17

E-Mail:
herbert.maislinger@seekirchen.at



Sehr geehrte Kolleginnen
und Kollegen !
Sehr geehrte Damen und Herren!

„Wissen ist Macht“ - nur ein „geflügeltes Wort“, oder mehr ?

Philosoph Francis Bacon hat schon
im 16. Jahrhundert erkannt, dass
Wissen die Menschen in einen
höheren Stand bringt.

Ich denke, Wissen ist sehr wichtig,
aber nur im ganzheitlichen Sinn
gesehen. Wissen als reines Macht-
mittel einzusetzen ist gefährlich und
ist abzulehnen. Der richtige Umgang
mit Wissen, unter Berücksichtigung
des sozialen und moralischen
Gewissens dagegen, ist Voraus-
setzung für eine qualitätvolle Arbeit
in den Gemeinden.

Wirtschaftskrise und soziale
Anforderungen erfordern von den
Akteuren in den Gemeinden beson-
dere Fähigkeiten und Kompetenzen.

Der Fachverband der leitenden
Gemeindebediensteten (FLGÖ)
unterstützt und organisiert auf allen
Ebenen (Bezirke, Länder und
Dachverband) Wissensvermittlung
durch Erfahrungsaustausch und
Fachtagungen (Bundesfachtage,
FLGÖ Landestage, Bezirksver-
sammlungen und spezielle
Arbeitsgruppen).

Weiters werden Fortbildungsver-
anstaltungen organisiert und begleit-
et. In allen Bundesländern referieren
Kolleginnen und Kollegen erfolg-
reich bei den verschiedensten
Ausbildungs- und Fortbildungs-
seminaren und Lehrgängen und
sichern so eine praxisnahe Wissens-
vermittlung.

Im nächsten Jahr werden wir
wieder eine Seminarreihe mit Prior
Pater Dr. Johannes Pausch anbieten.
Mit einem eigenen Rundbrief werde
ich Sie/Euch noch rechtzeitig
darüber informieren.

Die Aufgaben und Abläufe in den
Gemeindeverwaltungen werden
immer komplexer und komplizierter.
Die Informationen vervielfachen sich
ständig und sind ohne systematische
Organisationen nicht mehr zu
bewältigen.

Die technischen Möglichkeiten
erlauben es heute, das so vielfältige
Wissen für alle Führungskräfte und
MitarbeiterInnen jederzeit abrufbar
und nutzbar zu machen.

Mit diesem Wissen, mit den eige-
nen Fähigkeiten und mit den Infor-

mationen aus einem entsprechenden Erfahrungsaustausch ausgestattet, können in den Gemeinden qualitätsvolle Entscheidungen vorbereitet und besonders ein entsprechendes Bürgerservice sichergestellt werden.

Kollege und NÖ-Landesobmann Franz Haugensteiner hat die Zeichen der Zeit richtig erkannt und seine Master Thesis dem Thema: „*Hat Wissensmanagement potential in den Österreichischen Gemeinden?*“ gewidmet. Diese Master Thesis beinhaltet ausführlich das Ergebnis der in den österreichischen Gemeinden durchgeführten Befragung. Die Schlussfolgerungen und die Ergebnisse der Befragung bestätigen den Bedarf an einem Wissensmanagement in den Gemeinden.

Kollege Franz Haugensteiner hat sich bereit erklärt, seine Master Thesis in die Homepage flgö.at zu stellen.

Bundesfachtag 2010:

Eine kurze Vorschau:

Der nächste FLGÖ Bundesfachtag 2010 findet in der Stadtgemeinde Fürstenfeld, voraussichtlich am 20. und 21. Mai 2010 statt. Mit dem Landesverband Steiermark wird ein interessanter Bundesfachtag vorbereitet. Mehr darüber in der nächsten Ausgabe des Kommunalen Management digital.

Ich danke für Ihr/Dein Interesse.



Herzlichst Ihr/Euer
Herbert Maislinger
FLGÖ Bundesobmann

Privates Wochenende des FLGÖ Bundesvorstandes in Grado - Triest

vom 25. - 27. September 2009



v.l.n.r.: Dr. Ulf Reichl mit Gattin Maria, Maria Maislinger, Dr. Roland Ebner mit Gattin Marliese, Mag. Erwin Fuchsberger mit Gattin Michaela, Herbert Maislinger, Anni Haugensteiner, Mag. Erich Kofler, Franz Haugensteiner

Um die österreichweite Zusammenarbeit des Dachverbandes (FLGÖ) zu stärken und die persönlich so wichtigen Kontakte zu vertiefen, organisierte unser Ehrenobmann Dr. Roland Ebner mit seiner Frau Marliese zum 3. Mal einen wunderschönen, privaten Herbstausflug in die Gegend von Grado und Triest.

Das spätsommerliche Wetter und das noch angenehm warme Meer, luden uns am Ankunftsstag noch zu einem Spaziergang, barfuß entlang des Strandes von Grado, ein. Der erste Abend klang mit einem exelenten Abendessen in einem sehr

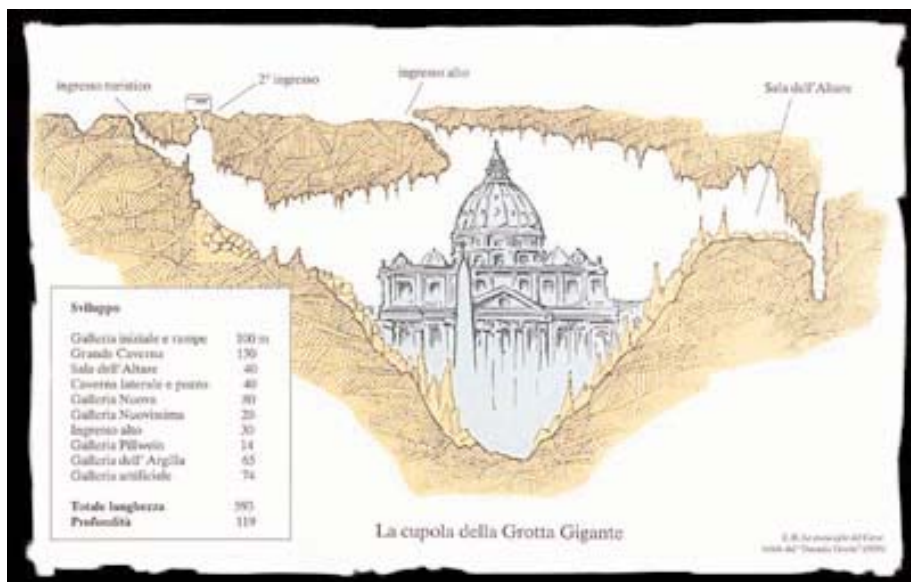
bekannten Fischrestaurant „TONI'S“ in Grado aus. Am nächsten Morgen starteten wir unsere Fahrt nach Sgonico, 15 km vor Triest, wo sich das Naturschauspiel die „GROTTA GIGANTE“ befand. Die Faszination dieser Grotte war unbeschreiblich. Ein absolut weiterzuempfehlendes Auflugsziel und daher eine paar Details für Euch:

Die Grotta Gigante (slowenisch Briškovska jama), auch als Riesenhöhle von Triest bekannt, befindet sich in der Nähe der Ortschaft Sgonico rund 15 km von Triest entfernt.

Erforschungsgeschichte:

Im Jahre 1840 stieß Frederico Lindner bei der Suche nach dem unterirdischen Lauf des Timavo auf die Höhle. Weitere Forschungen folgten von Giovanni Sigon und von Ingenieuren der Österreichisch-Ungarischen Südbahn. Diese





Forschungen brachten jedoch keine neuen Erkenntnisse. Ab 1890 wurden die Forschungen vom „Club Touristi Triestini“ erneut aufgenommen und bereits 1897 konnte von Andreas Perko ein kompletter Plan erstellt werden. Am 5. Juli 1908 wurde der Führungsbetrieb aufgenommen, damals mit Kerzen und bengalischer Beleuchtung. Der Tourismus setzte jedoch erst nach 1957 ein, nachdem eine elektrische Beleuchtung installiert wurde.

Die Gesamtlänge beträgt 380 m, die Gesamttiefe 160 m. Die Größe der Halle 130 x 65 m bei 107 m Höhe. Der Hohlraum könnte den Petersdom komplett aufnehmen. Seit 1995 steht die Grotta Gigante im Guinness-Buch der Rekorde als „Größte Schauhöhle der Welt“.

In der Höhle befinden sich zwei geodätische Pendel mit rund 100 m Länge zur Erforschung der Erdzeiten. Neben der Höhle befindet sich ein Speleologiemuseum mit zahlreichen höhlenkundlichen, geologischen und paläontologischen Exponaten.

Anschließend besuchten wir die Hafenstadt Triest und suchten die Spuren der österreichischen Monarchie in Italien. Auf unserer Rückreise am nächsten Tag besuchten wir noch das friaulische Weingut „Tenuta Luisa“ in Corona.



Wir bedanken uns nochmals ganz herzlich für das wunderschöne Wochenende und die tolle Organisation bei unserem Ehrenobmann

Dr. Roland Ebner und seiner Frau Marliese.

Eure
Michaela Fuchsberger

Buchvorstellung

Thomas Döring/Birgit Aigner:
Freier Dienstleistungshandel im erweiterten Europa



Ökonomische Analyse bestehender Marktbeschränkungen am Beispiel Österreich und Slowenien

Der aktuellste Band der Public Management Schriftenreihe beschäftigt sich mit der ökonomischen Analyse bestehender Marktbeschränkungen im grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr zwischen Österreich und Slowenien. Vor dem Hintergrund der im Jahr 2009 anstehenden Überprüfung der bisherigen Beschränkungen wird im vorliegenden Band die Notwendigkeit von deren Fortführung untersucht. Dabei kommen die beiden Autoren, FH-Prof. DDipl. Dr. habil. Thomas Döring, Professor für Volkswirtschaftslehre mit dem Schwerpunkt öffentliche Finanzwirtschaft, und Mag. (FH) Birgit Aigner, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Studienbereich Wirtschaft, in ihrer Studie zu einem klaren Ergebnis: Weder unter Berücksichtigung von theoretischen Überlegungen noch unter Einbezug von empirischen Untersuchungsergebnissen kann die bestehende Einschränkung des freien Dienstleistungshandels zwischen Österreich und Slowenien über 2009 hinaus gerechtfertigt werden.



*Bestellungen
richten Sie bitte an:*

*Fachhochschule Kärnten
Studienbereich Wirtschaft
Europastraße 4,
9524 Villach*

*E-Mail:
service@wirtschaft.fh-kaernten.at
Tel: 05/90500-1239
Fax: 05/90500-1210*

*Online-Bestellung unter:
www.fh-kaernten.at/wirtschaft
[Pfad: Public Management,
Publikationen & Downloads]*

Kerndaten

Autoren:	FH-Prof. DDipl. Dr. habil. Thomas Döring , Professor für Volkswirtschaftslehre mit dem Schwerpunkt öffentliche Finanzwirtschaft am Studienbereich Wirtschaft der FH Kärnten Mag. (FH) Birgit Aigner , Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Studienbereich Wirtschaft
Titel:	Freier Dienstleistungshandel im erweiterten Europa
Untertitel:	Ökonomische Analyse bestehender Marktbeschränkungen am Beispiel Österreich und Slowenien
ISBN:	978-3-902545-02-2
Erstauflage:	2008
Reihe:	PuMa-Schriftenreihe, Band 3
Herausgeber:	Studienbereich Wirtschaft der Fachhochschule Kärnten und Zentrum für Interregionale Studien und Management
Umfang:	90 Seiten
Format:	A5
Einbandart:	Paperback
Preis:	€ 14,50

Landesverband **Salzburg**

8. Salzburger Landestag - 2009 am 01.10.2009 in der „Bachschmiede“ in Wals mit Neuwahlen

Am 01.10.2009 fand der diesjährige 8. FLGÖ Landestag des LV Salzburg in der „Bachschmiede“ in Wals statt. Unter den zahlreichen Ehrengästen durfte Landesobmann Mag. Erwin Fuchsberger, LHStv. Dr.



Tagungsteilnehmer bei der 8. Landesfachtagung 2009 in der „Bachschmiede“ in Wals

Wilfried Haslauer, Bezirkshauptmann HR. Mag. Reinhold Mayer, die Vertreter des Gemeindeverbandes, Dir. Dr. Martin Huber und Dr. Bettina Sommer, die Leiterin der Abt. 11 (Gemeindeangelegenheiten) Dr. Karin Draxl, den Hausherrn Bürgermeister Ludwig Bieringer, zahlreiche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie unseren FLGÖ Bundesobmann Herbert Maislinger begrüßen.

Wie alle Jahre nahmen auch bei der diesjährigen Landesfachtagung viele Kolleginnen und Kollegen (99 Anmeldungen) teil und es stimmte uns der Pianist Alexei Zouev auf den Tag ein.

Nach der offiziellen Begrüßung und dem überaus informativen Referat von unserem Herrn LHStv. Dr. Wilfried Haslauer ging der Landesobmann auf Themen wie die die **11. FLGÖ Bundesfachtagung 2009** in Zell am See, die **Neustrukturierung der Vorrückungstichtagsregelung**, die hervorragende **Arbeit in den Bezirken**, die **Grundausbildung** sowie die neue **praxisbezogene**

Ausbildungsreihe für Lehrlinge im Land Salzburg ein.

Ein weiterer wichtiger Punkt dieser Landesfachtagung war der Punkt Neuwahlen und freuen wir uns, dass Herr **Mag. Erwin Fuchsberger** als Landesobmann, Herr **Mag. Josef Jakober** als Landesobmannstv., Herr **Mag. Martin Bruckner** und Herr **Stefan Winter** als Rechnungsprüfer einstimmig wieder gewählt worden sind.

Im zweiten Teil dieses Landestages schaffte es Herr Harry E. Kwisda,



Harry E. Kwisda bei seinem Vortrag

Geschäftsführer der Firma Mensch in Bewegung, die Tagungsteilnehmer mit seinem Thema und Vortrag „**Die Kraft der Begeisterung - Wie sie sich selbst und ihre MitarbeiterInnen dauerhaft motivieren.**“ zu begeistern und für die tägliche Arbeit hoch interessante Inhalte, Ideen und neue Denkweisen zu vermitteln.



Am Schluss dieser Veranstaltung konnte noch das Museum „Die Bachschmiede“ besichtigt werden und klang der Landestag 2009 bei einem gemütlichen Beisammensein aus.





Lehrlingsausbildung in Salzburg

NEU - praxisbezogene Ausbildungsreihe des FLGÖ
in Zusammenarbeit mit dem Raiffeisenverband Salzburg

Ein Ziel des Fachverbandes der leitenden Gemeindebediensteten Österreich (FLGÖ) Landesverband Salzburg ist es, die Aus- und Weiterbildung unserer Bediensteten bzw. auch unserer Lehrlinge zu verbessern, aber auch Synergieeffekte zwischen den Gemeinden und Partnern aus der Wirtschaft zu nutzen.

Aus diesem Grunde begann mit Herbst 2009 eine praxisbezogene Ausbildungsreihe für Lehrlinge in den Gemeinden, welche einerseits dazu beitragen sollen, dass der fachliche Einstieg, in die teils schwierige Materie (Verwaltung & Politik, Baubereich, Wahlen, Meldeamt, Finanzverwaltung usw.) für die Lehrlinge erleichtert und die Inhalte noch besser vermittelt werden sollen. Weiters wird auch auf die persönlichkeitsbildende Aus- und Weiterbildung sehr großer Wert gelegt und konnte gerade in diesem Bereich auch ein sehr kompetenter Partner in Form des Raiffeisenverbandes Salzburg, mit seinem Ausbildungsteam, gefunden werden.

In Zeiten, in welchen es wirtschaftlich nicht immer leicht ist derartige Projekte umzusetzen, die Aus- und Weiterbildung für die zukünftige Qualität der Verwaltung und technischen Betreuung der Gemeindestruktur (z.B. Bauhofbereich) jedoch überaus wichtig ist. Daher freut es uns besonders, dass wir den Lehrlingen in unseren Gemeinden und somit auch den Gemeinden, diese Ausbildung, auf Grund der Mitarbeit von sehr engagierten ReferentInnen aus den Gemeinden und somit den Gemeinden selber, aber auch dem Raiffeisenverband Salzburg mit seinen TrainerInnen, in den nächsten 3 Jahren kostenlos anbieten können.

Einige Ausbildungsinhalte für das Jahr 2009/2010:

- Gemeindeorganisation inkl. Bedienstetenschutz
- Dienstrecht und Büroorganisation für Lehrlinge
- Erfolg durch positiven Umgang mit Bürgern – Kompetente MitarbeiterInnen sind die Visitenkarte des Gemeindeamtes

- Die Finanzverwaltung
- Persönliche Arbeitstechnik und Zeitmanagement – zeit managen, aber wie?
- Meldeamt, Standesamt, Wahlen und mehr ...
- Das Bauamt
- Positiver Umgang mit dem Telefon – professionell am Hörer – die ersten Sekunden entscheiden

Gestartet wurde diese praxisbezogene Ausbildungsreihe am 22.09.2009 im Gemeindeamt von Elsbethen mit dem Thema „Gemeindeorganisation und Bedienstetenschutz“ und es nehmen derzeit 12 Lehrlinge aus dem Flachgau und Tennengau daran teil.



Mag. Erwin Fuchsberger
FLGÖ Landesobmann Salzburg
erwin.fuchsberger@gde-elsbethen.at

Dr. Grazer + Co

Ihr verlässlicher Ansprechpartner für Ablagesysteme und Drucksorten seit über 50 Jahren



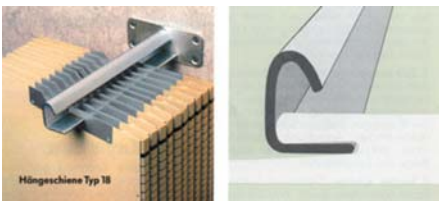
www.grazer.co.at

Perfekte Ordnungssysteme

In jahrzehntelanger Arbeit haben wir für Sie perfekte Ordnungssysteme entwickelt, mit denen Sie nachweislich Zeit sparen können.



Intelligente Lösungen ersparen Ihnen viele lästige, zeitraubende Arbeitsgänge.



Mit unseren Registratursystemen von WÄLLER und REGIS gibt es keine lange Spurensuche. Die auf Ihre Bedürfnisse zugeschnittene Systemregistratur funktioniert in allen Fällen.

Die Fahndung ist schon zu Ende - noch ehe sie angefangen hat.

Schlüsselfertig und sofort bezugsfähig organisieren wir Ihnen Ihre individuelle Schriftgut-, Bauakten/Objekt- und Abgabenablage.

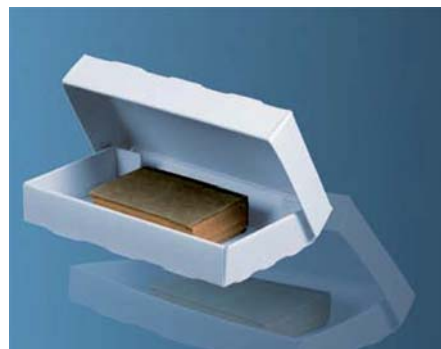
Säurefreie Langzeitarchivierung

Für eine säurefreie Langzeitarchivierung Ihres „höchst sensiblen“ Archivgutes empfehlen wir Produkte aus unserem speziell entwickelten REGIboard®.

Wir haben unser REGIboard® und unseren Archiv-Solid-Karton in

Anlehnung an die DIN ISO 9706 von einem unabhängigen Institut testen lassen und die vorgegebenen Prüfkriterien, wie z.B. Alkalireserve und pH-Wert, in allen Punkten erfüllt.

Die bewährten weichmacherfreien Fototaschen bieten eine hervorragende Archivierungsmöglichkeit Ihrer wertvollen Fotos, die den Anforderungen des Photographic Activity-Tests entsprechen.



Um Ihnen den höchstmöglichen Schutz Ihrer Archivalien sicher zu stellen, wird die Einhaltung dieser Kriterien bei unseren angebotenen Materialien regelmäßig geprüft.

Wahlurnen und Wahlkabinen

Unsere Wahlurnen und Wahlkabinen aus Polystyrol haben sich seit mehr als 20 Jahren in der Praxis bewährt. „Groß“ in der Nutzung schließt „klein“ in der Lagerhaltung nicht aus.



Die Stapelurnen haben einen geringen Lagerplatzbedarf.

Die Wahlkabinen tragen zusammengeklappt nur 4 cm auf und lassen

sich durch Spezialbeschläge mit wenigen Handgriffen aufstellen.

Dr. Grazer & Co. Werbetechnik

Als Ihr jahrelanger Partner bieten wir Ihnen nun als zusätzliche Leistung Werbetechnik von A-Z an.



Sehen, wo's langgeht.

Selbstverständlich, Sie kennen Ihre Adresse und den Weg zum Ziel. Ihre Besucher auch? Zeigen Sie selbstbewusst, wo Sie sind. Geben Sie optimale Orientierung und bereits vor



Ihrem Gebäude oder vor Ihrer Tür das gute Gefühl: Hier bin ich richtig.

Deshalb bieten wir Ihnen:

Beschilderungen, Beschriftungen, Banner, Roll-up's und vieles mehr.

Fragen Sie einfach nach.



SALZBURGER - Ihr Landesversicherer

bietet völlig neues Versicherungsprodukt für Gemeinden

Das neue SALZBURGER Gemeindekonzept

Die SALZBURGER - Ihr Landesversicherer ist seit vielen Jahren Gemeindeversicherer Nr.1. Dieser Erfolg beruht zum größten Teil auf höchst erfolgreichen Aktivitäten der Aussendienstmitarbeiter der ehemaligen Salzburger Landesversicherung mit kräftiger Unterstützung nebenberuflicher MitarbeiterInnen aus den Gemeinden Salzburgs. Mit einem Marktanteil von über 90% bedeutet das eine hohe Verantwortung für die Salzburger Gemeinden. Rahmenbedingungen und Risiken ändern sich, daher war es notwendig das bestehende Versicherungsprodukt für Gemeinden zu überarbeiten und der Zeit anzupassen.

Die Überlegungen bei der Gestaltung dieses Konzeptes waren:

- Einfache Berechnungsgrundlage,
- Fixe Definition der kaufmännisch-technischen Betriebsausstattung, da ja die wenigsten Gemeinden über ganz aktuelle und präzise Anlagenverzeichnisse verfügen
- Unterstützung bei der Aktualisierung der Gebäudewerte,
- Umfassendes Deckungskonzept mit sehr hohen prämienfreien Deckungen auf 1. Risiko in den Hauptsparten (Feuer, Sturmschaden, Leitungswasser, Einbruch-Diebstahl und Beraubung, Glasbruch),
- Klar definierter Versicherungsumfang
- Individuell erweiterbar auf die jeweilige Gemeindegröße (Dorf-, Markt- und Stadtgemeinden),

- TOP-Katastrophenschutzdeckung für Risiken ausserhalb der roten Zone gemäß Gefahrenzonenplan bzw. in der Risikozone HQ30 nach HORA
- Einfaches Handling bei der Verwaltung des Vertrages (Indizierungen, Kostenstellenzuordnungen der Gemeinde, usw.)
- Einfache Erstellung von Ausschreibungsgrundlagen
- Einfache Polizzierbarkeit.

In der Praxis bedeutet das, dass sich die Prämie nach dem Schadensverlauf der letzten 3 Jahre und der letzten 9 Jahre richtet. Die sich daraus ergebende Tendenz ist relevant für die Ermittlung des Prämiensatzes. Das heisst konkret, sehr gut verlaufende Risiken können mit einem überaus marktorientierten Prämiensatz bei gleichlaufender deutlicher Leistungsverbesserung (relativ) einfach umgestellt werden, Gemeinden mit hohen Schadenssätzen können auf das Konzept umsteigen, aber mit einer diesem Schadensatz angepassten Prämie. In einigen Salzburger Gemeinden konnten damit deutliche Verbesserungen im Prämien/Leistungsbereich bereits erzielt werden.

Die konventionelle Form der Gemeindeversicherung gibt es zusätzlich weiterhin. So kann für jede Gemeinde, abhängig von ihren individuellen Risiken und Bedürfnissen eine passende Versicherungslösung erarbeitet und angeboten werden.

Ihre Versicherungsexperten der SALZBURGER - Ihr Landesversicherer stehen gerne für detaillierte Informationen im ganzen Bundesland zur Verfügung.



SALZBURGER ist der Gemeindeversicherer in Salzburg

Herr Vorstandsdirektor Hainisch, warum ist die SALZBURGER - Ihr Landesversicherer so erfolgreich im Gemeindebereich ?

VD Hainisch: *Die Salzburger ist seit vielen Jahren Gemeindeversicherer Nr.1. Wir haben hier einen Marktanteil von >90%. Um diesen weiterhin zu halten haben wir uns ein Konzept überlegt, welches in der vorliegenden Version derzeit am Markt in vergleichbarer Form noch nicht existiert. Dieses einzigartige Konzept steht allen Vertriebsschienen unseres Hauses zu absolut gleichen Bedingungen. Damit kann vermieden werden, daß unterschiedliche Offerte beim selben Kunden vorgelegt werden.*

Was waren die wesentlichen Überlegungen bei der Gestaltung dieses Konzeptes?

VD Hainisch: *Wir haben versucht ein Produkt zu schaffen, dass sehr einfach und klar ist. Also ganz konkret mit einfacher Berechnungsgrundlage, einem umfassenden Deckungskonzept mit sehr hohen prämienfreien Deckungen auf 1. Risiko in den Hauptsparten und einem klar definiertem Versicherungsumfang. Dieses Produkt ist auch jederzeit individuell erweiterbar auf die jeweilige Gemeindegröße (Dorf-, Markt- und Stadtgemeinden). Besonders stolz bin ich auf das einfache Handling bei der Verwaltung des Vertrages und bei der Polizzierbarkeit.*

Ich denke es ist uns gelungen, ein zeitgerechtes, markt- und vor allem risikoorientiertes Produkt zum richtigen Zeitpunkt auf den Markt zu bringen. Abschließend möchte ich mich bei unseren Gemeindepartnern für die langjährige erfolgreiche Zusammenarbeit herzlich bedanken.

Landesverband Oberösterreich

ZMR und die (unnötige) Zuzugsmitteilung

Das Standesamt und das Standarddokumentenregister im ZMR

Das ZMR und die (unnötige) Zuzugsmitteilung

Es gibt sie noch in vielen Gemeinden in Oberösterreich, die schriftliche Mitteilung über den Zuzug von Bürgern an die ursprüngliche Heimatgemeinde. Zweck dieser „Zuzugsmitteilung“ ist die Information über die Aufnahme in die Wählerevidenz. Eigentlich kann auf diese Mitteilung, die viel Papier- und Porto-/Faxkosten erzeugt, verzichtet werden, besagen doch unsere Wählerevidenzgesetze folgendes: *„Die Verständigung kann entfallen, wenn der Zuzug durch einen Vorgang im Zentralen Melderegister belegt ist“*. Die entsprechenden Passagen der Gesetze finden sich am Ende des Artikels.

So weit, so gut. Die Problematik liegt allerdings im Detail, wie ich in den letzten Wochen mit Kollegen und dem OÖ. Gemeindebund ausarbeiten konnte: Rechtlich und organisatorisch erscheint bei Weglassen der Zuzugsmitteilung trotz ZMR eine Information über den Zuzug/Wegzug in zwei Fällen mit sehr geringer Frequenz erforderlich bzw. angesagt:

Zwei Fälle mit geringer Frequenz

1. Wahlausschließungsgrund: kann derzeit nur manuell erfolgen, wenn die Wegzugsgemeinde im Rahmen des ZMR-Abgleichs vom Wegzug erfährt; hier wäre die aktive Information an die Zuzugsgemeinde erforderlich.

2. Europa-Wählerevidenz: im ZMR ist keine Wählerevidenz enthalten, die Österreicher werden mit Ausnahme von Punkt 1. im

KIM/Defakto/LMR/ÖKOM/... abgedeckt, die z.B. deutschen Bundesbürger allerdings nicht; das erfordert derzeit ebenfalls ein manuelles Verfahren, welches z.B. von manchen Gemeinden so abgehandelt wird, dass sobald ein Zuzug eines EU-Bürgers erfolgt, die Wegzugsgemeinde einen Anruf erhält ob dieser Bürger in der EU-Wählerevidenz war; wenn ja, wird der deutsche Bürger in die EU-Wählerevidenz der Zuzugsgemeinde aufgenommen und in der Wegzugsgemeinde gestrichen.

Die Gemeinde-Software

Natürlich muss sich spätestens hier die Frage nach den Möglichkeiten der Gemeinde-Software stellen. Gefragt wäre zumindest ein Hinweis beim Einlangen des ZMR-Abgleichs in beiden oben angeführten Fällen. Was derzeit noch in keiner Software funktioniert, wird nach Rücksprache mit Gemdat und ÖKOM als sinnvoll erachtet und könnte bei den nächsten Software-Updates in folgender Form vorgesehen werden: Sobald der ZMR-Abgleich erfolgt und die Gemeinde informiert wird wer sich abgemeldet hat, erfolgt eine automatische Überprüfung ob einer der Abgemeldeten einen Wahlausschließungsgrund hat oder in der EU-Wählerevidenz eingetragen ist; wenn ja, dann wird eine Verständigung der neuen Wohnsitzgemeinde erfolgen, auf welchem Weg auch immer. Das LMR (Lokale MeldeRegister) ist dafür jedenfalls prädestiniert, wiewohl hier noch eine rechtliche Klärung erfolgen muss.

Vorerst liegt es wie so oft an der Genauigkeit und Detailkenntnis der

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Meldeämtern. Bei einer ZMR-Datenqualität von 99,9 % wissen wir jedoch, dass auf diese Leute eigentlich 100 %ig Verlass ist.

Meine Meinung:

Obwohl es rechtlich noch Details zu klären gibt, stehe ich auf dem Standpunkt, dass die klassische Zuzugsmitteilung in Papierform in Zeiten von E-Government ausgedient hat. Lediglich bei Vorliegen der besprochenen Fälle ist eine (elektronische) Kommunikation mit der betroffenen Gemeinde angebracht. Die Einsparung von Papier, Porto und Zeit wiegt die kleine Unsicherheit bezüglich der Punkte 1. und 2. auf.

Zusammengefasster Vorschlag (bis zur Adaptierung der Software):

Eigene Gemeinde: Keine Zuzugsmitteilung mehr ausdrucken und verschicken

Zuzugsgemeinde: bei EU-Ausländern Nachfrage halten ob bereits eine Eintragung in der Wegzugsgemeinde bestand und entsprechend reagieren

Wegzugsgemeinde: beim ZMR-Abgleich darauf achten ob Wahlausschließungsgründe vorliegen und gegebenenfalls die Zuzugsgemeinde informieren

Recht und Gesetz: Richtlinie des BMI vom 22. September 2004:

Werden Übermittlungen und Überlassungen im Rahmen des Informationsflusses im ZMR protokolliert,

ist dadurch jedenfalls die Nachweislichkeit gewährleistet. (Zitat)

§ 5 der Verordnung des Bundesministers für Inneres vom 15. Juni 1973 betreffend die Durchführung von Änderungen in der Wählerevidenz (Wählerevidenzverordnung 1973):

(1) Die Gemeinden haben alle Umstände, die ihnen nach den Bestimmungen der §§ 1 bis 4 oder sonst von Amts wegen bekannt werden und geeignet sind, eine Änderung der Wählerevidenz zu bewirken, wahrzunehmen und die erforderlichen Änderungen in der Wählerevidenz durchzuführen.

(2) Umstände gemäß Abs. 1, die auch in der Wählerevidenz einer anderen Gemeinde zu berücksichtigen sind, sind dieser Gemeinde unverzüglich mitzuteilen. (Zitat)

§ 2/2 Wählerevidenzgesetz

Erfasste Personen, die ihren Hauptwohnsitz in eine andere Gemeinde verlegen, sind bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen für die Eintragung in die Wählerevidenz dieser Gemeinde einzutragen. In der Wählerevidenz der Gemeinde, in der sie ihren Hauptwohnsitz aufgegeben haben, sind sie zu streichen. Zu diesem Zweck hat die Gemeinde, in der die Eintragung in die Wählerevidenz erfolgt, die Gemeinde, in deren Wählerevidenz die Streichung vorzunehmen ist, unter Angabe der früheren Wohnadresse von der neuen Eintragung unverzüglich und nachweislich zu verständigen. Die Verständigung kann entfallen, wenn der Zuzug durch einen Vorgang im Zentralen Melderegister belegt ist.

§2/2 Europa-Wählerevidenzgesetz

Erfasste Personen, die ihren Hauptwohnsitz innerhalb Österreichs in eine andere Gemeinde verlegen, sind bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen für die Eintragung in die Europa-Wählerevidenz dieser Gemeinde einzutragen. In der Europa-Wählerevidenz der Gemeinde, in der sie ihren Hauptwohnsitz aufgegeben haben, sind sie zu streichen. Zu diesem Zweck hat die Gemeinde, in der die Eintragung in die Europa-Wählerevidenz erfolgt, die Gemeinde, in deren Europa-Wählerevidenz die Streichung vorzunehmen ist, unter Angabe der früheren Wohnadresse von der neuen Eintragung unverzüglich und nachweislich zu verständigen. Die Verständigung kann entfallen, wenn der Zuzug durch einen Vorgang im Zentralen Melderegister belegt ist.

Das Standesamt und das Standarddokumentenregister im ZMR

Von Bürgerinnen, Bürgern und Unternehmen wurde bisher für die Abwicklung von Verfahren immer wieder der Nachweis bestimmter Daten wie Geburtsurkunde, Staatsbürgerschaftsnachweis oder Firmenbucheinträge verlangt. Bei der elektronischen Verwaltung kann in vielen Fällen darauf verzichtet werden, indem auf bereits vorhandene elektronische Daten in Registern zurückgegriffen wird. Dazu wird die Richtigkeit der vorhandenen Personenstands- und Staatsbürgerschaftsdaten im Rahmen des Meldevorgangs einer Person von der zu-

ständigen Behörde durch Einsicht in die jeweiligen Dokumente (Standarddokumente) geprüft und dem Zentralen Melderegister mitgeteilt. Personen können auch außerhalb eines Meldevorgangs den Richtigkeitsvermerk verlangen, sofern sie der Meldebehörde die Richtigkeit durch Vorlage der entsprechenden Dokumente nachweisen.

Bestimmte Daten müssen somit nicht mehr von der oder dem Betroffenen vorgelegt werden, sondern können von der Behörde mit deren oder dessen Zustimmung direkt beim Zentralen Melderegister angefragt werden. Das Standarddokumentenregister ist im E-Government-Gesetz 2004, §§ 17 und 18, normiert und seit 1.1.2005 in Kraft.

Praktisch funktioniert dieser Eintrag so, dass bei der Vorlage des Original-Dokumentes die Meldebehörde einen Eintrag im Standarddokumentenregister des ZMR (Zentrales Melderegister) mit den Daten des Dokumentes macht (Ausstellende Behörde, Zahl /Nummer, Ausstellungsdatum, ...). Es geht hier nicht darum, dass z.B. eine Geburtsurkunde eingescannt und in grafischer Form in das ZMR eingebracht wird. Standesämter sind im Zuge ihrer Tätigkeit nach § 17 E-Government-Gesetz in Verbindung mit § 11 Meldegesetz verpflichtet, die von ihnen bearbeiteten Urkunden wie Geburten, Trauungen oder Staatsbürgerschaften in das Standarddokumentenregister einzutragen. Die Fachzeitschrift ÖStA „Österreichisches Standsamt“ schreibt bereits in der Ausgabe 1/2005 sehr positiv über „Die Bedeutung der Standarddokumente“

Meine Meinung:

Den Standesämtern kommt eine besondere Bedeutung beim Ausbau der Register zu. Der Bürgerservicegedanke sollte es mit sich bringen, dass der/die Standesbeamte/in neben dem Pflichteintrag die Bürger noch auf die Möglichkeit der weiteren Eintragung von vorliegenden Urkunden aufmerksam macht. Denn: „Dem Betroffenen wird dadurch die Vorlage der Urkunden

erspart“ (ÖStA 1/2005), z.B. bei der Neuausstellung eines Reisepasses. Wenn die Gemeinden, Bezirkshauptmannschaften und Landesdienststellen diese Dokumentenregister dann auch noch 100 %ig nützen, dann ist „Verwaltungsmodernisierung“ nicht nur ein Schlagwort sondern eine Realität.

Mag. (FH)

Reinhard Haider

Amtsleiter der

Marktgemeinde

A-4550 Kremsmünster,

Telefon:

(07583) 52 55-26;

Fax: (07583) 70 49

E-Mail: haider@kremsmuenster.at

E-Government-Beauftragter

des OÖ. Gemeindebundes



*„Quelle: OÖ. Gemeindezeitung
des OÖ. Gemeindebundes“*

Landesverband Salzburg

NIPSILD oder Führung einmal anders

Sehr geehrte Leserin,
sehr geehrter Leser,

in diesem „Mensch in Bewegung“ Newsletter lesen Sie heute über den zur Zeit stattfindenden Paradigmenwechsel der da lautet: **Bewerber müssen sich nicht mehr bei Firmen bewerben sondern umgekehrt** – Firmenchefs müssen immer mehr danach trachten ihre Unternehmen interessant für Menschen zu gestalten und so anziehend auf dem Arbeitsmarkt zu wirken.

Und genau hier ist eine neue Generation von Managern gefordert. Manager befinden sich heute immer mehr in einer Doppelrolle. Zum einen müssen sie die Führung übernehmen und „klassische“ Aktivitäten wie Planen, Organisieren, Kontrollieren und Analysieren ausführen. Zum anderen sind sie für ihre Mitarbeiter auch Ermöglicher (enabler) – das heißt ihre weitere Aufgabe ist es, die Mitarbeiter zu unterstützen und zu qualifizieren. Damit werden sie zu Coaches. Nur – meist sind Manager für die Coach Rolle nicht ausgebildet oder kennen wichtige Techniken nicht. Hinzu

kommt, dass die traditionellen Management Ausbildungen Probleme fokussieren, diese bis ins Detail analysieren und erst dann nach einer Lösung zu suchen.

NIPSILD – nicht in Problemen sondern in Lösungen denken (und handeln) – weg von der Problemorientierung hin zur Lösungsorientierung. Im Management geht es hauptsächlich um das Finden von Lösungen. Anfang der 1980er Jahre entwickelten Steve de Shazer und Insoo Kim Berg den sogenannten „**lösungsfokussierten Ansatz**“ im psychotherapeutischen Umfeld. Der Ansatz wurde in den vergangenen Jahren mit großem Erfolg in den Management Bereich übertragen. In jedem Problem steckt die Lösung mit drin. Die Kunst ist, sie zu entdecken und freizulegen. Um mit dem lösungsfokussierten Ansatz zu arbeiten, ist die eigene Einstellung wesentlich. Das bedeutet, Sie sollten Ihre Mitarbeiter (Mitmenschen) grundsätzlich wertschätzen und den Wunsch verspüren, sie respektvoll zu behandeln – weder zu erziehen, noch ihnen zu sagen, was sie zu tun haben. Das klingt leichter als es in der

Wirklichkeit oft ist, denn die meisten von uns neigen dazu, anderen die eigenen Lösungsvorschläge „aufzudrücken“. Das können Sie als Manager versuchen, nicht aber als Coach.

An dieser Stelle erinnere ich mich an eine meiner Führungskräfte aus meinem „Angestelltenleben“ – diese hatte ein Schild am Schreibtisch stehen mit der Aufschrift „**BSMKFBS-MA**“. Als ich das erste mal mit einem „Problem“ zu diesem Vorgesetzten kam erklärte er mir, dass dieses Schild schlicht bedeutete „**Bringen Sie mir keine Fragen, bringen Sie mir Antworten**“. So lernte ich sehr schnell in Lösungen zu denken und zu handeln.

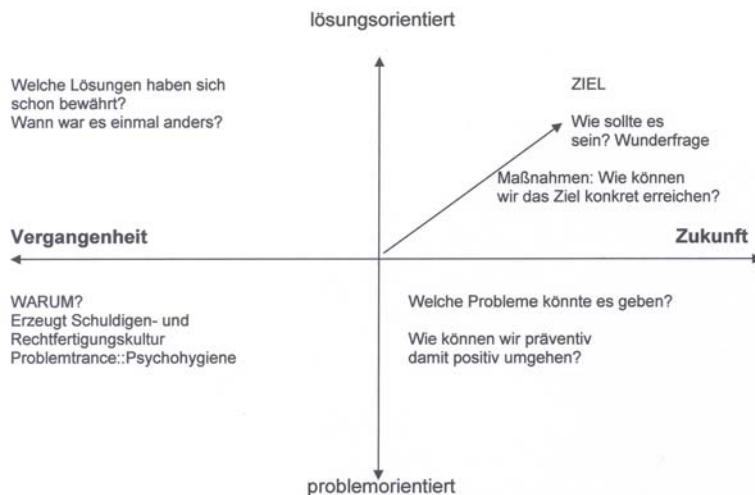
Als ManagerCoach bewährt es sich auch, den Mitarbeitern regelmäßig „Feedback“ zu geben. Bei der Firma Google zum Beispiel wird permanentes Feedback als Erfolgsrezept angesehen. Jeder gibt praktisch jedem Feedback oder kann dies zumindest tun. Nicht nur die Chefs geben ihren Mitarbeitern Feedback, auch diese geben ihren Vorgesetzten Rückmeldungen. Die Feedbacks



NIPSILD - nicht in Problemen, sondern in Lösungen denken

Chancendenken für spezielle Situationen

„Sprechen über Lösungen schafft Lösungen,
sprechen über Probleme schafft Probleme.“



Du steuerst Deinen eigenen mentalen Fokus und den anderer mit Fragen.

„Wer gut fragt, führt gut.
Wer dumm fragt, führt dumm.“

„Keiner ist für das Problem, alle für die Lösung verantwortlich.“

„Probleme sind versteckte Ziele“

„Besser Lösungen konstruieren, als Probleme analysieren.“

wie bei NIPSILD die 2 verschiedenen Arten der Fokussierung – die auf Probleme und die auf Lösungen.

Wie ist die Fehlerkultur in Ihrem Unternehmen? Lernen Ihre MitarbeiterInnen nur aus eigenen Fehlern oder gibt es einen „Raum“ für die „Vergemeinschaftung“ von den Fehlern aller? Bei unseren Mensch in Bewegung Trainer Team Treffen nimmt die runde BP und BLL (best practice und best lesson learned) einen wichtigen Platz ein. Hier erzählen wir unseren Kollegen unser best practice – das heißt, was ist uns in den letzten Wochen besonders gut gelungen ABER auch unsere best lesson learned – das heißt, wo haben wir „einen ordentlichen Bock geschossen“ UND was war unsere Lernerfahrung daraus.

Liebe Leserin, lieber Leser – wie sieht es in Ihrem Unternehmen aus? Gibt es bei Ihnen schon NIPSILD? (nicht in Problemen sondern in Lösungen denken)

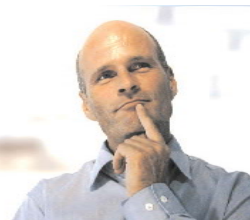
Autor: **Harry E. Kwisda,**

verheiratet und vier Kinder, hat in 20 Jahren Tätigkeit in internationalen Firmen, wie z.B. in der internationalen Hotellerie, Sony, HopferwieserAG Führungserfahrung sammeln können. Diese gibt er in praxisnahen und bewegten Seminaren an Führungskräfte in Österreich und Europa weiter. Unter anderem trainiert er Führungskräfte der ADEG, Rexel, Team7, Rexam, Raiffeisen und vielen mehr. Er ist in der Geschäftsführung des Trainerforums „Mensch in Bewegung“ tätig.

finden permanent am Ende von Gesprächen und Sitzungen statt sowie quartalsmäßig als Extra Feedback der Vorgesetzten an die Einzelnen.

Was unterscheidet Feedback von der Kritik? Bei der Kritik sieht der Kritiker genau „was nicht funktion-

iert“ oder was „jemand falsch gemacht hat“. Bei einem Feedback Gespräch werden zuerst Positive Beobachtungen angesprochen, dann Verbesserungsvorschläge gegeben und zum Abschluss konkrete Schritte vereinbart. Das setzt voraus, dass der Feedback Geber Ideen zur Verbesserung hat. Auch hier sehen wir



Ein Zins-Cap für das Wasserversorgungsdarlehen

Wegen maßgeblicher Investitionen in die Verbesserung ihrer Gemeindevasserversorgungsanlage war die Marktgemeinde Frantschach-St. Gertraud im Herbst 2005 zur Aufnahme eines Darlehens über € 1.000.000,--, rückzahlbar über 25 Jahre, genötigt. Auf Grund der damaligen Ausgangslage war die Entscheidung zugunsten eines variablen Zinssatzes (6-Monats-EURIBOR zzgl. Bankenaufschlag) zu treffen, belief sich die Effektivverzinsung mit 31.10.2005 auf 2,4 %.

Laufend steigende Zinsen haben die Gemeindeverwaltung dann im März 2007 dazu veranlaßt, den Gemeindevorstand über die Möglichkeiten zur Absicherung des Zinsrisikos zu informieren. Der Gemeindevorstand wiederum hat die Gemeindeverwaltung nach seiner detaillierten Information damit beauftragt, die Entwicklung der Zinsindikatoren auch weiterhin zu beobachten und ihm zu einem geeigneten Zeitpunkt einen ganz konkreten Vorschlag zur Absicherung des Zinsrisikos zur Beschlußfassung zu unterbreiten.

Diesen Zeitpunkt erachtete die Gemeindeverwaltung auf Grund der aktuellen Finanzmarktsituation schließlich Anfang Juni 2009 für passend. Mit dem Bürgermeister und Gemeindevorstand wurde vereinbart, die nächste und ohnehin geplante Gemeindevorstandssitzung mit 07. Juli zu terminisieren, für diese Sitzung unter anderem den Tagesordnungspunkt „Abschluß eines Zinscaps für das Darlehen zur Verbesserung der Gemeindevasserversorgung“ vorzusehen.

Nach Klärung dieser Vorfrage wurde in weiterer Folge der in Betracht kommenden Zinscap am 22. Juni und in mehreren Varianten zu seiner Laufzeit (von 5 bis 10 Jahren) sowie zu seiner Indikatorobergrenze (Höchstzinssatz 3,75 od. 4,00 %) ausgeschrieben. Das Ende der Anbotsfrist wurde mit 15:00 Uhr des 07. Juli, eben dem Beginn der Gemeindevorstandssitzung, vorgegeben.

Die innerhalb offener Frist eingelangten Angebote hat die Finanzverwaltung sofort ausgewertet und das diesbezügliche Ergebnis dem Gemeindevorstand während der noch laufenden Sitzung mitgeteilt. Der Frantschach - St. Gertrauder Gemeindevorstand wiederum hat sich letztendlich für einen Zinscap mit einer Laufzeit von 10 Jahren und einer Indikatorobergrenze von 3,75 % entschieden. Von der Zuschlagserteilung konnte der Bestbieter anschließend via E-Mail bereits um 15:34 Uhr des 07. Juli 2009 verständigt werden.

Wie anhand des Beispiels der Marktgemeinde Frantschach-St. Gertraud zu sehen ist, ist ein funk-

tionierendes kommunales Finanz- bzw. Risikomanagement bei weitem nicht so komplex, wie man auf den ersten Blick vielleicht annehmen möchte. Diese Aufgabe wird im übrigen in erster Linie bei den Gemeindeverwaltungen angesiedelt sein, die dazu den gemeindlichen Entscheidungsträgern geeignete Vorschläge zu unterbreiten hätte.

In ihren Bemühungen um ein effizientes Finanzmanagement war der Marktgemeinde Frantschach-St. Gertraud nicht zuletzt die vom Gemeindeferrat des Landes initiierte Aktion „Finanzmanagement in den Kärntner Gemeinden“ dienlich. An dieser Aktion nimmt die Marktgemeinde bereits seit dem Jahreswechsel 2007/2008 teil. Die damit verbundenen Jahreskosten von netto 500 Euro sollten eigentlich eine vernachlässigbare Größe sein.



*Martin JEGART
Amtsleiter der Marktgemeinde
Frantschach-St. Gertraud*

EINLADUNG

LANDESTAGUNG

Donnerstag, 29. Oktober 2009
Rathaus - Marktgemeinde St. Paul im Lavanttal

PROGRAMM

08.45 Uhr Eintreffen
09.00 Uhr Begrüßung
09.30 Uhr **Wie viel Kontrolle brauchen Gemeinden?**

Dr. Josef MOSER – Präsident des Rechnungshofes
Ausweitung der Prüfkompentenz für die Gemeinden – Intentionen des Rechnungshofes

Mag. Karin GASTINGER, MAS Public Management
Geschäftsführerin der Beyond Consulting GmbH
Interne Kontrolle mit System (IKS) – ein weitreichendes Managementinstrument

11.30 Uhr Mitgliederversammlung
12.30 Uhr Mittagessen
13.45 Uhr **Macht des Wortes**
Besuch der Europausstellung im Stift St. Paul

Aus organisatorischen Gründen bitten wir um Anmeldung bis 20. Oktober 2009 unter hermagor@ktn.gde.at oder Fax: 04282 23 33 – 24



Besoldungsreform für Gemeinden auf Schiene

LR Martinz: Meilenstein im Dienstrecht der Kärntner Gemeinden wird im Einvernehmen mit Gemeindebund, Gewerkschaft und Fachverband gesetzt

Eine Besoldungsreform soll in den Kärntner Gemeinden ein modernes, transparentes, zukunftsfähiges und vor allem faires Entgeltsystem für neu in den Gemeindedienst eintretende und freiwillig in das neue System wechselnde Bedienstete schaffen. *"Gemeinsam mit dem Gemeindebund, der Gewerkschaft für Gemeindebedienstete und dem Fachverband der leitenden Gemeindebediensteten bewegen wir derzeit einen Meilenstein im Dienstrecht für Gemeinden"*, sagte Gemeinделandesrat Josef Martinz heute, Donnerstag, im Rahmen einer Pressekonferenz. Er wertet die Einigung mit den Interessensvertretungen der Gemeinden und Gemeindebediensteten als historischen Tag und ist besonders erfreut über den Reformwillen der Organisationen.

Die Verwaltungsreform stehe generell im Mittelpunkt der politischen Diskussion – nicht nur in Kärnten. *"Die Besoldungsreform mit dem neuen Entlohnungssystem für die Gemeinde-Bediensteten ist beispielgebend für ganz Österreich"*, ist Martinz überzeugt. Ein neues Entgeltsystem für die Gemeinden sei

ein Projekt mit großer Bedeutung. Immerhin gebe es 7.200 Bedienstete in den Gemeinden und verschiedenen Gemeindeverbänden sowie jährliche Lohnkosten in Höhe von 320 Mio. Euro.

Mit dem neuen Dienstrecht solle für die Bediensteten ein attraktives, mit Leistungsanreizen verbundenes Modell entstehen. Noch bis zum Ende dieses Jahres soll laut Martinz die Erhebung der Daten abgeschlossen sein, sodass das Gesetz 2010 in Begutachtung gehen könne. Bislang wurden über 3.000 Stellen von über 100 Organisationen (Gemeinden und Gemeindeverbänden) den Gehaltsklassen des neuen Entgeltsystems zugeordnet.

Auch der Präsident des Kärntner Gemeindebundes, Hans Ferlitsch, bezeichnete das Modell als zukunftsweisend für die Gemeinden. *"Ich bin dankbar und stolz, dass Kärnten mit dem neuen Dienstrecht wieder einen Schritt nach vorne macht. Der Gemeindebund war gerne bereit, diese Diskussion anzugehen und Pilotprojekte zu starten"*, so Ferlitsch.

Der Obmann der Gewerkschaft für Gemeindebediensteten, Franz Liposchek, sieht in der Dienstrechtsreform ein epochales Ereignis für die Gewerkschaft. *"Die Reform ist notwendig, wird umgesetzt und die Gewerkschaft sitzt mit im Boot"*, fasste er zusammen. Vor allem der Zulagen-Dschungel werde durch das neue System entfernt. *"Die jungen Einsteiger verdienen mehr und dieses Geld kann wieder in die Wirtschaft fließen"*, erklärte der Gewerkschafter.

Kurt Thelesklaf vom Fachverband der leitenden Gemeindebediensteten Kärnten betonte die Wichtigkeit, gut ausgebildeter Mitarbeiter in den Gemeinden und deren entsprechender Entlohnung. Diese Reform gehe nicht auf Kosten und zu Lasten der bestehenden Dienstnehmer in den Gemeinden. Einer der größten Vorteile sei die gleiche Bezahlung für gleiche Tätigkeiten in allen Gemeinden.

Ansprechpartner:

Stadtdamtsdirektor **Kurt Thelesklaf**
Landesobmann FLGÖ Kärnten
kurt.thelesklaf@ktn.gde.at



bedeutet und sind stolz darauf, mit einem umweltfreundlichen Elektrofahrzeug unterwegs sein zu können“, DI Gerhard Günther, Geschäftsführer der Vorarlberger Elektroautomobil Planungs- und Beratungs- GmbH.

Innovatives Geschäftsmodell

Die VLOTTE punktet dabei mit einem innovativen Geschäftsmodell, der so genannten Mobilitätsrate: „Gemeinsam mit unseren Partnern haben wir ein umfassendes Mobilitätspaket geschnürt“, so Günther. Neben dem Fahrzeug-leasing beinhaltet diese Mobilitätsrate ein umfassendes Versicherungspaket, die kostenlose Wartung der Fahrzeuge, die kostenlose Betankung in Österreich, Deutschland, der Schweiz und Liechtenstein im Rahmen einer Park&Charge-Mitgliedschaft, eine Jahresnetzkarte des Vorarlberger Verkehrsverbunds und eine kostenlose ÖAMTC-Mitgliedschaft.

Noch keine Serienfahrzeuge

Eine noch größere Dimension des Projektes verhindert derzeit die schwierige Situation auf dem Elektrofahrzeugmarkt. Bis dato gibt es noch kein elektrisches Serienfahrzeug, das in großen Stückzahlen für das Projekt VLOTTE erworben werden kann.

CO2 neutraler Betrieb der Fahrzeuge

Die gesamte Energie, die im Rahmen des VLOTTE-Versuchs für die Betankung der Elektrofahrzeuge

Landesverband Vorarlberg

Das Projekt VLOTTE

Die österreichische Bundesregierung hat über den Klima- und Energiefonds die Förderung einer Modellregion für Elektromobilität im Ausmaß von 4,7 Millionen Euro ausgeschrieben. In dieser Region soll über mehrere Jahre die Einführung von Elektrofahrzeugen konzentriert gefördert werden.

Vorarlberg hat Anfang Dezember 2008 den Zuschlag erhalten und sich damit gegen Mitbewerber wie Linz, Salzburg und Graz durchgesetzt. Am 26. Februar 2009 fiel im Rahmen einer offiziellen Auftaktveranstaltung der Startschuss für das ambitionierte Projekt: Noch im Jahr 2009 sollen 100 Elektrofahrzeuge auf Vorarlbergs Straßen unterwegs sein. Bereits 2010 ist eine deutliche Ausweitung geplant. Seit Mitte Juni ist die Elektromobilität in Vorarlberg bereits Realität. Die ersten 30 Fahrzeuge wurden an ihre neuen Besitzer übergeben.

VLOTTE findet internationale Beachtung

Mit dem Projekt VLOTTE leistet Vorarlberg Pionierarbeit bei der Einführung der Elektromobilität. Das

Projekt überzeugte zunächst in erster Linie auch durch die Miteinbeziehung aller Entscheidungsträger im Bereich der Mobilität und sorgt mittlerweile nicht nur regional, sondern auch international für Aufsehen. Nach neun Monaten lässt sich eine erste, überaus positive Zwischenbilanz ziehen. Bisher konnten schon über dreißig Elektrofahrzeuge auf die Straße gebracht werden. Gemeinsam mit London und Berlin ist Vorarlberg damit die größte Modellregion für Elektromobilität weltweit.

Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass Elektromobilität funktioniert. Das Ersetzen von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor durch Elektrofahrzeuge in den Unternehmensfuhrparks verlief laut Rückmeldung der Kunden reibungslos. Nach einer kurzen Eingewöhnungsphase werden die Elektromobile von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sogar überdurchschnittlich oft für Betriebsfahrten reserviert. „Die Beschäftigten in den teilnehmenden Unternehmen haben rasch erkannt, dass ein Umstieg auf die Elektromobilität keinerlei Komfortverlust

benötigt wird, wird durch zusätzliche erneuerbare Energiequellen aufgebracht. Im August entstand auf dem Gelände von illwerke vkw in Bregenz in Kooperation mit der Rhomberg-Tochter Goldbeck Rhomberg in Rekordbauzeit eine Fotovoltaikanlage, die die benötigte Energie für den Jahresverbrauch von rund 45 Elektroautos erzeugen wird. Auf einer Gesamtfläche von insgesamt 1330 Quadratmetern wurden auf dem Dach einer bereits vorhandenen Hochgarage insgesamt 270 PV-Module montiert. Die Module verfügen über eine Gesamtnutzfläche von rund 460m² und liefern eine Jahreserzeugung von ca. 60.000 kWh. Die neue Anlage wurde im September in Betrieb genommen.



VLOTTE-Stromstelle errichtet – 50 weitere noch in diesem Jahr

Nach Abschluss der unterschiedlichen Prüfungs- und Genehmigungsverfahren erfolgte im September die Montage der ersten öffentlich zugänglichen VLOTTE-Stromstelle. Die Stromstellen verfügen über ein Park & Charge-Zugangssystem und zwei 16-Ampère Steckdosen. Bis zum Ende dieses Jahres werden 50 VLOTTE-Stromstellen an ausgewählten Standorten in Vorarlberg installiert werden.

VLOTTE startet in Phase II

Unter dem Titel „Integrierte Mobilität“ startet die VLOTTE in diesem Herbst in Phase II. Neben der Erweiterung auf Fahrzeuge mit zwei Rädern und der Einführung von sogenannten Elektromobilitäts-Hubs (Elektromobilitäts-Knotenpunkten) wird es auch Kooperationen mit Gemeinden geben. Auch das gemeinsame Nutzen der Fahrzeuge im Rahmen eines E-Carsharing steht auf dem Programm.

FLGÖ Vorarlberg Termin-Vorankündigung:

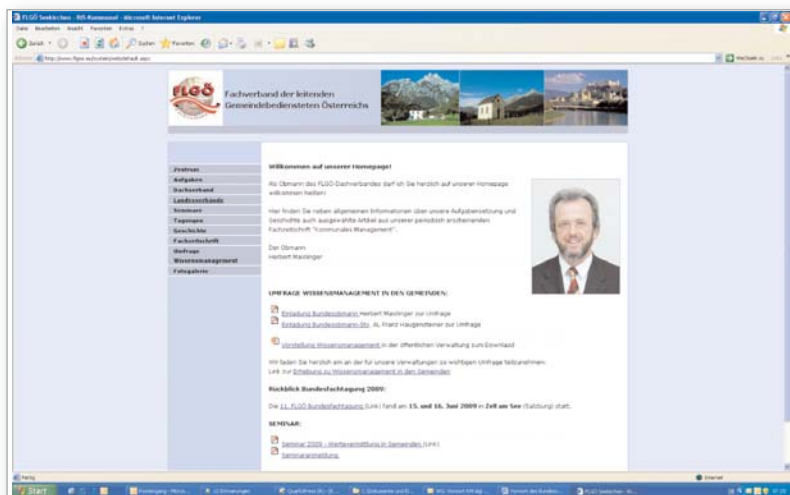
Landesfachtagung
des FLGÖ Vorarlberg
mit Hauptversammlung
am Donnerstag, 12.11.2009
in der Gemeinde Sonntag,
von 14.00 Uhr - ca. 18.00 Uhr.
Thema: Regionalentwicklung.



GSEK. Helmut Burger
FLGÖ Landesobmann Vorarlberg

**Besuchen Sie
unsere
Homepage unter:**

**www.flgö.at oder
www.flgoe.eu**





Liquiditätsmanagement leicht gemacht

Mit der **Bank Austria** richtig bei Kasse

Zuviel Geld am Konto und Zinsgewinne gehen verloren? Zuwenig Geld am Konto und Zahlungen können nicht durchgeführt werden? Für Gemeinden ist professionelles Liquiditätsmanagement so wichtig wie nie zuvor.

Österreichs Gemeinden stehen vor immer größeren Herausforderungen. Zusätzlich zur Verantwortung für ihre Bürger und die wirtschaftliche Zukunft der Gemeinde werden ihnen mehr und mehr Aufgaben übertragen. Gleichzeitig werden die finanziellen Rahmenbedingungen schwieriger. Professionelle Lösungen, die finanziellen Spielraum schaffen, sind gefragt denn je.

Eine attraktive Lösung bietet die Bank Austria an: Mit **CashCommunal** steht ein einfaches, besonders effizientes Softwarepaket zur Verfügung, das die Steuerung der kurzfristigen Liquidität verbessert. Es besteht aus zwei Komponenten: Die Electronic-Banking-Lösung **BusinessLine** gibt Überblick über den Kontostand und sorgt für die rasche Abwicklung des Zahlungsverkehrs. Dank des integrierten Multi Bank Standards werden die Daten aller Konten, über die die Gemeinde österreichweit verfügt, berücksichtigt. **BusinessCash** übernimmt die von BusinessLine gelieferten Informationen und verarbeitet sie für die Planung und Optimierung der Liquidität.

Die Vorteile von CashCommunal ergeben sich aus dem perfekt aufeinander abgestimmten Zusammenspiel von BusinessLine und BusinessCash. CashCommunal ermöglicht den vollautomatischen Datenabgleich zwischen den geplanten Zahlungsvorgängen und erstellt einen Dispositionsvorschlag. Nach Freigabe des Vorschlags

erfolgen die Überweisungen zum liquiditätsoptimalen Ausgleich auf den Konten automatisch. Ganz wesentlich dabei: CashCommunal rechnet mit Valutadaten statt mit Buchsalden.

Mit CashCommunal bietet die Bank Austria nur an, was die Kunden wirklich brauchen – ein einfach zu bedienendes, übersichtliches Tool, das auf jedem handelsüblichen PC installiert werden kann. Nach einer halbtägigen Einschulung erfolgt die weitere Betreuung über die zuständigen Kundencenter bzw. über die Kundenhotline der Bank Austria.

Wolfgang Figl, Leiter Public Sector, und Michael Munterl, Cash Management und eBusiness-Experte, über die Vorteile des Liquiditätsmanagements mit CashCommunal

Warum ist es so wichtig, auf die kurzfristige Liquidität zu achten?

Figl: Die richtige Steuerung der kurzfristigen Liquidität wird oft unterschätzt. Wer Liquiditätsspitzen nützt und Überschüsse vorübergehend veranlagt, kann Zinsen lukrieren. Andererseits können durch den gezielten Ausgleich zwischen den Konten teure Unterdeckungen oder Zahlungsverzögerungen vermieden werden.

Was ist CashCommunal und wie funktioniert es?

Munterl: *CashCommunal ist eine von der Bank Austria entwickelte Software. Sie besteht aus dem Eletronic-Banking-System „BusinessLine“ und aus „Business-Cash“, das mit BusinessLine verbunden ist und automatisch Dispositionsvorschläge zur Verbesserung der Liquidität erstellt.*

Welche Vorteile hat CashCommunal und was kostet es?

Figl: *CashCommunal ist sehr übersichtlich und einfach zu bedienen. Es hat nur jene Funktionen, die die Gemeinden für ihr Liquiditätsmanagement wirklich brauchen. Nicht mehr und nicht weniger. Wir bieten CashCommunal innerhalb eines Aktionszeitraumes kostenlos an.*

Kontakt:

Bank Austria
Mag. Wolfgang Figl
+43-50505-44876

wolfgang.figl@unicreditgroup.at



Bank Austria
Michael Munterl
+43-50505-55747

michael.munterl@unicreditgroup.at



Landesverband Tirol

Generalversammlung und Landesfachtagung des FLGT am 30.09.2009

Am 30.09.2009 lud der Fachverband der leitenden Gemeindebediensteten Tirol zur Generalversammlung im Zuge der Landesfachtagung ein. Obmann Mag. Bernhard Scharmer gab einen kurzen Überblick über die wichtigsten Ereignisse der vergangenen zwei Jahre.

Aus dem Vorstand wurde berichtet, dass Obmann-Stv. Mag. Christian Wieser zum Rechnungshof nach Wien gewechselt und daher als Obmann-Stv. zurückgetreten ist, er steht jedoch weiterhin als Rechtsbeirat dem Vorstand zur Verfügung. Dr. Klaus Kandler wurde einstimmig zum Obmann-Stv. gewählt, behält jedoch weiterhin seine Funktion als Kassier. Hubert Gabl (Gemeinde Pfaffenhofen) wurde einstimmig als Vorstandsmitglied für Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungsmanagement beschlossen.

Weiteres wurden nachstehende neue Bezirksleiter vorgestellt:



der neue FLGT-Vorstand mit den Bezirksleitern

Josef Weiskopf (Prägraten) –
Bezirk Lienz
Mag. Martin Schönherr (Imst) –
Bezirk Imst
Mag. Stefan Trenker (Zams) –
Bezirk Landeck
Dr. Bernhard Knapp (Hall) –
Bezirk Innsbruck-Land

Erfreulich ist die derzeit steigende Mitgliederzahl, im Vergleich zum Jahr 2007 konnten bis heute 47 neue

Mitgliedsgemeinden begrüßt werden. Derzeit sind 165 Gemeinden Mitglied beim FLGT, das sind rd. 60 % der 279 Gemeinden Tirols. Ein Ergebnis, welches wohl auf die positive und erfolgreiche Arbeit des derzeitigen Vorstands zurückzuführen ist. Auch die Homepage wurde zwischenzeitlich mit rund 100 Dokumenten, wie Musterbescheid- und Verordnungssammlung, aktuellen News und sonstige interes-

santen Informationen bestückt, und stehen diese allen Mitgliedern kostenlos zur Verfügung.

Ein Schwerpunkt für die weitere Zukunft des FLGT ist neben der Festigung der derzeitigen Strukturen und Angebote die Erweiterung des Serviceangebots auf der Vereinshomepage www.flgt.at. Unter anderem werden Schriftsätze für den Bereich Veranstaltungswesen und Baupolizei konzipiert. Das Jahresprogramm 2010 mit rund 7 Veranstaltungen wurde in Grundzügen bereits vorgestellt.

Ein großes Dankeschön gilt allen Mitgliedsgemeinden, Partnern und Sponsoren: Fa. Höpperger GmbH & Co KG, der Fa. Fröschl Bau, Tiroler Landesversicherung, Raiffeisen Tirol und der Kufgem EDV GmbH.

Der FLGT ist ein parteipolitisch unabhängiger Verein und ein Team von engagierten Tiroler Gemeindeamtsleitern. Er hat das Ziel, die Gemeinden bei der Verwirklichung ihrer vielfältigen Aufgaben verwaltungstechnisch zu unterstützen.

Die Philosophie der Vereinigung brachte Landesobmann Mag. Scharmer mit einem Zitat von Mika Häkkinen auf den Punkt: *„Du gewinnst nie allein. Am Tag, an dem du was anderes glaubst, fängst du an zu verlieren.“*

Erfolgreiche Tiroler Landesfachtagung

Bürgermeister und Gemeindeamtsleiter trafen sich zum kommunalen Meinungsaustausch

Der Fachverband der leitenden Gemeindebediensteten Tirols (FLGT) lud am Mittwoch, 30. September 2009, zur Landesfachtagung ins Parkhotel Hall. Rund 70 Teilnehmer – Bürgermeister, Gemeindeamtsleiter und Experten–

folgten der Einladung. Landesobmann Mag. Bernhard Scharmer (Telfs) konnte u. a. Gastgeber Bgm. Leo Vonmetz, den Vorstand der Gemeindeabteilung beim Land Tirol HR Dr. Helmut Praxmarer und den Tiroler Gemeindeverbandspräsidenten Bgm. Mag. Ernst Schöpf (Sölden) begrüßen.

Scharmer betonte in seiner Ansprache die Wichtigkeit der Nutzung der vorhandenen Ressourcen und Synergien im Land Tirol, um die Gemeindeverwaltungen noch effektiver und effizienter für die Bürger führen zu können.



Gemeindeverbandspräsident Bgm. Mag. Ernst Schöpf gab in seiner Ansprache kurze Ein- und Ausblicke zur Finanzsituation der Gemeinden und zur Lage der Gemeinden. HR Dr. Helmut Praxmarer rief, aufgrund der derzeitigen Wirtschaftskrise, zu einer umsichtigen Finanzpolitik auf.

Kernstück der Tagung waren mehrere informative Impulsreferate aus dem Kommunalbereich. So sprach Mag. Michael Kirchmair vom Amt der Tiroler Landesregierung zum brisanten Thema **„unzulässige Bauführung“** und gab Tipps für das rechtlich korrekte Vorgehen gegen Schwarzbauten.

Es folgten interessanten Ausführungen zu den Themen **„Energieeffizientes Bauen und Sanieren“** (Referent: Mag. Heinrich Kranebitter), **Recyclinghof-Zertifizierung** (Ing. Bernhard Weiskopf) und die **Rolle des Gemeindeamtsleiters als Führungskraft** (Bgm. a. D. Mag. Jochl Grießer).



Die Fachtagung, die mit einem Empfang des Bürgermeisters im historischen Stadtamt Hall schloss, wurde von allen Teilnehmern als Erfolg und wichtige Möglichkeit zur Weiterbildung und zum Erfahrungsaustausch gewertet.



Mag. iur. Bernhard Scharmer
Amtsleiter der Marktgemeinde Telfs
Untermarkt 5+7, 6410 Telfs
tel: 05262/6961-1000
mobil: 0676/83038-213
email: bernhard.scharmer@telfs.gv.at

1. Ausgangslage

Wir leben in einer Zeit der zunehmenden Daten- und Informationsflut, entstanden einerseits durch den Wandel der Kommunikation, andererseits durch ein dynamisches Umfeld, wie der Technisierung der Wirtschaft. Für die öffentliche Verwaltung ist dies eine große Herausforderung, da damit neue Aufgaben der Gemeinden, wie auch Erwartungen der Bürger verbunden sind.

Um modernes Daten- und Wissensmanagement effektiv zu nutzen, sind meist aber auch eine Anpassung der Abläufe und die Schulung der verantwortlichen Mitarbeiter in den Gemeinden notwendig. Darüberhinaus ist aufgrund der Vernetzung der öffentlichen Verwaltung eine durchgehende Implementierung von Informationsströmen mit all ihren technischen und menschlichen Herausforderungen sinnvoll.

Das bedeutet, dass die Leistungsfähigkeit der Gemeinden und der Verwaltung insgesamt von effektiven Wissensmanagementsystemen abhängig ist, welche sowohl die Steuerung der Informationsströme, die Technisierung und den Menschen berücksichtigt. Im Ergebnis soll eine Beschleunigung der Verwaltungsabläufe, bei gleichzeitiger Qualitätssteigerung und Verhinderung von Doppelgleisigkeiten erreicht werden.

Um das Potential von Wissensmanagement in den Gemeinden feststellen zu können, muss vorerst der IST-Stand bestimmt werden.

Um einen genauen Überblick über bereits implementierte Systeme, bzw. den vermuteten Bedarf zu erhalten, wurde gemeinsam mit dem Österreichischen Gemeindebund eine österreichweite Umfrage gestartet.

Ansprechpartner waren alle Verantwortlichen für Daten- und Wissensmanagement in den Gemeindeverwaltungen.

Die Frage, wie viel Potential für „gemanagtes“ Daten- und Wissensmanagement in der Verwaltung vorhanden ist, kann aus dem Vergleich des IST-Standes mit dem heutigen Stand der Informationstechnik, von Best Practice Beispielen und aus Benchmarking beantwortet werden.

2. Das Ziel

Mit dieser Umfrage sollen alle verantwortlichen Politiker und Mitarbeiter in der öffentlichen Verwaltung motiviert werden, sich die Leistungsfähigkeit von Wissensmanagement näher zu betrachten. Darüberhinaus sollen die daraus entstehenden Möglichkeiten zur Effizienz- und Effektivitätssteigerung erkannt werden.

Dazu wird versucht, die vermuteten Defizite zu beweisen und den Nutzen von wissensorientierten Konzepten unter Berücksichtigung des Human-, Struktur- und Beziehungskapitals herauszufiltern. Mit der Information aus den erhobenen Daten und Best Practice Beispielen soll eine Sensibilisierung für dieses Thema erreicht werden.

Die Arbeit und die Umfrage sollen dazu beitragen, den Bereich Wissensmanagement in der Verwaltung, auch im Hinblick auf die neuen Erfordernisse rund um das österreichische E-Government, besser zu verstehen und notwendige Maßnahmen initiieren zu können.

Die daraus gewonnen Informationen sollen allen Vertreterverbänden, den Ländern, wie auch den

Bildungseinrichtungen, wie der Donau-Universität Krems und den Softwareanbietern eine wertvolle Hilfestellung sein.

3. Fragen und Ziele der Erhebung

Um das Potential für Wissensmanagement in den österreichischen Gemeinden feststellen zu können, ist eine umfassende Erhebung zum Ist-Zustand notwendig, der mit dem vermuteten Soll-Zustand, welcher sich aus den Zielvorstellungen der Gemeindevertreterverbände, der Landesregierungen, der Regierungserklärung und aus den heutigen (technischen) Möglichkeiten ergibt, verglichen wird. Weiters kann man noch Schlüsse aus dem Vergleich zwischen den Bundesländern und den Gemeinden untereinander ziehen.

Die Umfrage Wissensmanagement in den österreichischen Gemeinden soll ein umfassendes Bild über die Nutzung der wesentlichen Elemente des Wissensmanagements geben. Dazu gehören unter anderem:

- Nutzungsgrad der einzelnen technischen Elemente des Wissenstransfers
- Der integrative Ansatz, also die Einbindung der Ressource Mensch berücksichtigt
- Die Erhebung, woher unsere Informationen kommen u.a. um eigenes Wissen zu generieren
- Die Verteilung der Information und Wissen zu den Bürgern, Kollegen, Verwaltungen usw.
- Die Integration aller Informationsbeschaffungskanäle

der Gemeindeverwaltung (Bürger über Homepage der Gemeinde oder Schnittstelle EDIAKT II zwischen den Behörden)

- Der Unterschied zwischen kleinen und großen Gemeinden beim Einsatz der Elemente des Wissensmanagements
- Potential wird auch durch Benchmark sichtbar – hier stellt sich die Frage nach der Akzeptanz
- Der Wissensverlust durch schlechtes Managen von direktem Wissen der Mitarbeiter
- Wissensverluste durch Medienbrüche
- Die Meinung der Amtsmanager zum Bedarf von Wissensplattformen

Für diese Arbeit wurden alle österreichischen Amtsmanager (Bürgermeister und Amtsleiter) befragt, dies geschah in Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Gemeindebund, dem FLGÖ, dem Fachverband der leitenden Gemeindebediensteten Österreichs. Technisch wurde die Umfrage über die Homepage des Österreichischen Gemeindebundes durchgeführt.

Das Ersuchen zur Teilnahme zu dieser Befragung erfolgte durch einen Bürgermeisterbrief des Präsidenten und des Generalsekretärs des Österreichischen Gemeindebundes, durch ein Schreiben des Dachverbandes des Fachverbandes der leitenden Gemeindebediensteten, durch die Landesobmänner des FLGÖs und durch eine Aufforderung im Newsletter des kommunalnet.at.

4. Aufbau der Befragung

Der Fragebogen gliedert sich in folgende acht Bereiche:

- Allgemeine Daten
- Kommunikation
- ELAK (Elektronischer Akt)
- GIS
- Benchmark

- Mitarbeiter und Wissen
- Internetauftritt
- Wissensplattform

Im Bereich **Allgemeine Daten** wurden die wichtigsten Daten zur Person und der Gemeinde abgefragt. Im Bereich **Kommunikation** wurde ermittelt, wie die Mitarbeiter zu den für ihre tägliche Arbeit wichtigen Informationen kommen. Der Bereich **Elektronischer Akt** beschäftigt sich damit, ob der ELAK bereits im Einsatz ist oder ob dies geplant ist. Weiteres wurde abgefragt, in welchen Bereichen der ELAK verwendet wird und welche Funktionalitäten er aufweisen soll.

Der umfassende Bereich **GIS** (geografisches Informationssystem) analysiert, wie die GIS-Daten beschafft und verteilt werden. Da aufgrund der Vorarbeiten in diesem Bereich enormes Einsparungspotential bei gleichzeitiger Qualitätsverbesserung gesehen wird, wurde hier recht detailliert abgefragt.

Im Bereich **Benchmark** wurde abgefragt, in welchen Bereichen vergleichende Kennzahlen zu neuen Erkenntnissen führen können und mit der Befragung zu den **Mitarbeitern und Wissen** soll festgestellt werden, wie die wichtige Ressource Mitarbeiter und Mitarbeiterwissen gemanagt werden. Im Bereich **Internet** wurde die Wissens-

verteilung zu unseren „Kunden“ dem Bürger abgefragt, während im Bereich **Wissensplattform** die Einstellung zu unterschiedlichen Wissensplattformen und die Meinung zur Finanzierung untersucht wurden.

Der Fragebogen wurde basierend auf Gesprächen mit und Inputs von der Donauuniversität Krems, dem Gemeindebund, dem FLGÖ, Vertretern des Landes und Softwareanbietern erstellt und vor der Versendung von 15 Amtsleitern auf seine Verständlichkeit und Relevanz überprüft.

5. Fragebogen Rücklauf

Mit Schreiben ZI. 074/17062009/KO vom 17.06.2009 des österreichischen Gemeindebundes wurde zur Teilnahme dieser Umfrage eingeladen. Weiters folgten Aufforderungen des Dachverbandes des Fachverbandes der Leitenden Gemeindebediensteten Österreichs, den Landesobmännern und des kommunalnet.net. Die Umfrage wurde am 20.7.2009 geschlossen. Trotz des beachtlichen Umfanges dieser Umfrage von 167 Fragen wurden bis zum Stichtag 624 Fragebogen retourniert. Dieses Ergebnis zeigt, dass dieses Thema auf großes

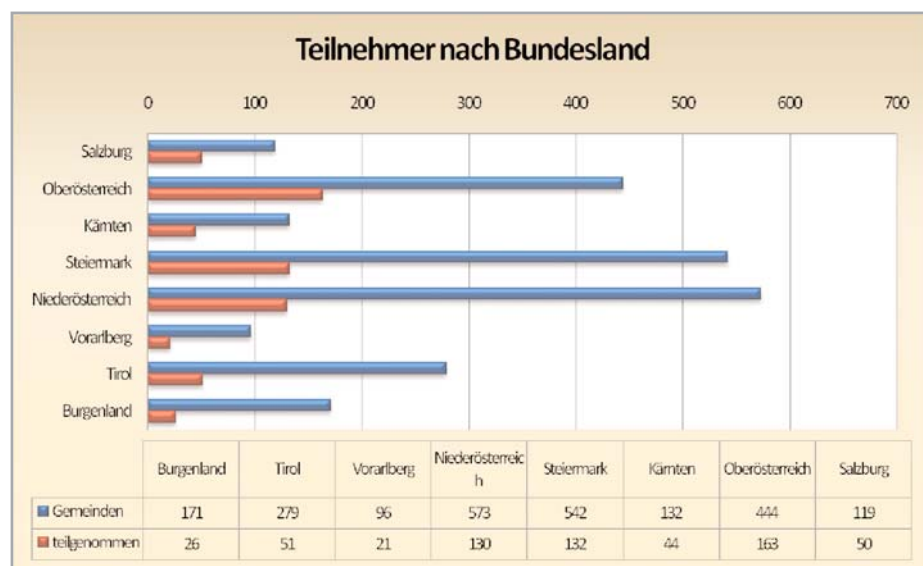


Tabelle: Teilnehmer nach Bundesland

Interesse bei den österreichischen Amtsmanagern stößt.

Ausgehend von einer Grundgesamtheit von 2357 Gemeinden in Österreich, nahmen 26,47% an der Umfrage teil, was 624 Gemeinden entspricht. Davon waren 622 vollständig und konnten zur weiteren Analyse verwendet werden.

Für die Bewertung (siehe Tabelle) des Rücklaufes war die Angabe der Gemeinenummer in der Umfrage notwendig, was 617 Gemeinden gemacht haben.

Aufgrund der Tatsache, dass die Gemeinde Wien gleichzeitig Bundeshauptstadt und Bundesland ist, wurde Wien in der Auswertung und Grafik (Seite 22) nicht berücksichtigt.

Die Auswertung des prozentuellen Verhältnisses zwischen Teilnehmer und Anzahl der Gemeinden ergab mit dem Bundesland Salzburg (42%) einen eindeutigen Sieger.

6. Ergebnisse der Umfrage

Nachfolgend eine Zusammenfassung der ersten beiden Teile der Umfrage.

6.1. Teil 1 der Umfrage Allgemeine Daten

Im Bereich Allgemeine Daten wurden die wichtigsten Daten zur Person und der Gemeinde abgefragt. Dieser Teil ist auch Grundlage für weitere Auswertungen in Bezug auf Gemeindegröße, Auswertungen nach Anzahl der Mitarbeiter in der Verwaltung und Vergleiche nach Bundesländern.

6.1.1 Beteiligung nach Funktion

Von den 622 auswertbaren Fragebögen haben 614 die Funktion angegeben. Von den 471 Teilnehmern, die als Funktion Amtsleiter angegeben haben, sind auch 5 Personen gleichzeitig Bürgermeister.

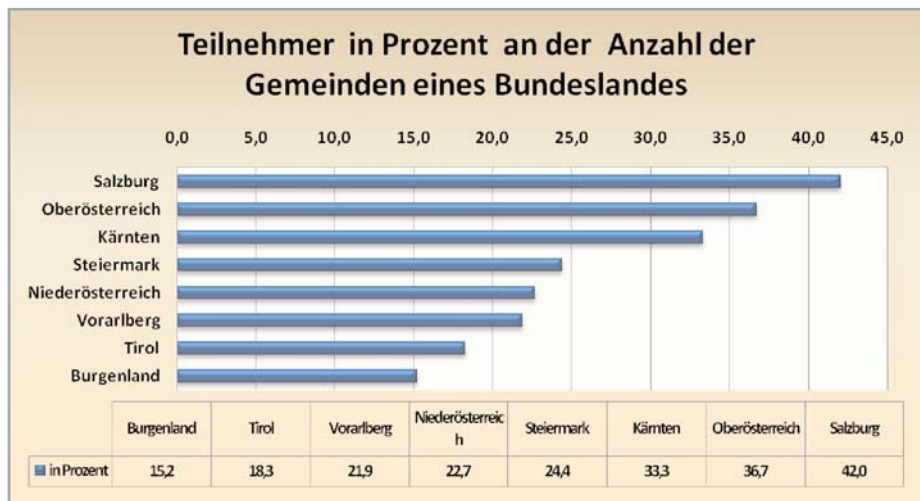


Tabelle: Teilnehmer in Prozent an der Anzahl der Gemeinden eines Bundeslandes

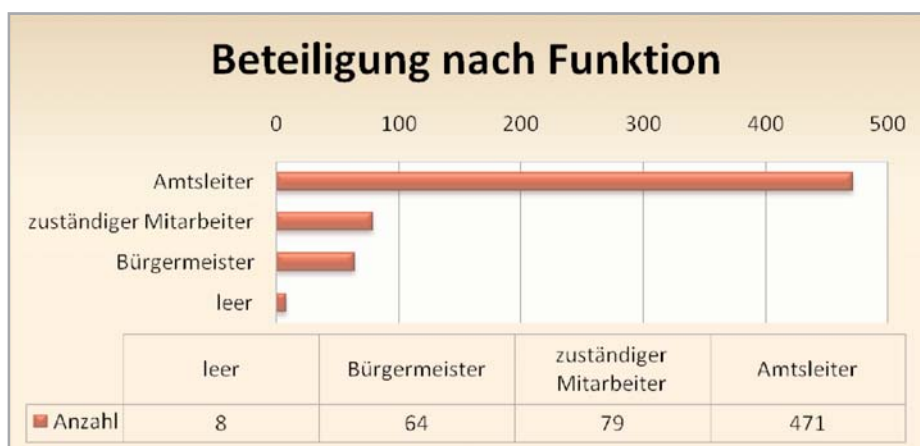
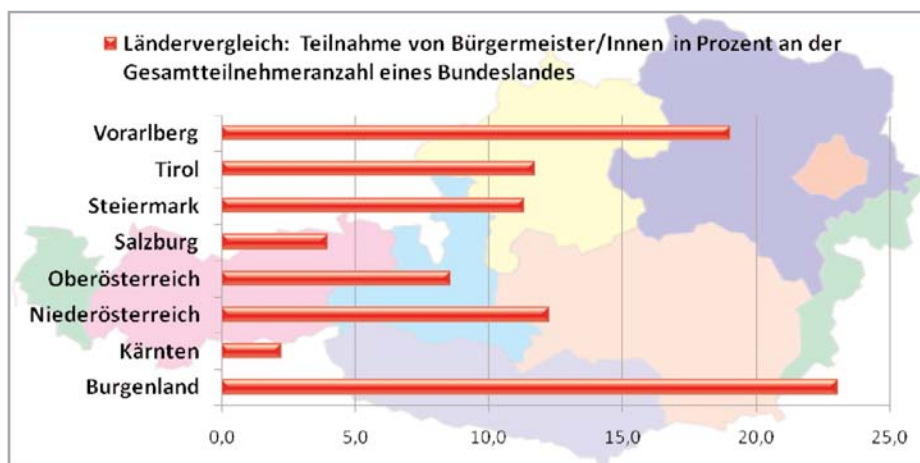


Tabelle: Beteiligung nach Funktion



Beachtenswert ist der prozentuelle Anteil der Bürgermeister am Anteil der an der Umfrage teilgenommenen Gemeinden eines Bundeslandes. So war der Bürgermeisteranteil in Burgenland 23%, in Kärnten dagegen nur 2%. Bemerkenswert auch die Salzburger Gemeinden, wo bei der hohen Teilnahme von 42% (50 von 119) nur 4% davon Bürgermeister waren.

Der hohe Unterschied zwischen den Bundesländern dürfte in der unterschiedlichen internen Aufgabenverteilung bzw. des Stellenwertverhältnisses zwischen Bürgermeister und Amtsleiter sein. In einer weiterführenden Untersuchung könnte der Zusammenhang zu der Gemeindeordnung des jeweiligen Bundeslandes weitere Aufschlüsse geben.

Auffällig ist vor allem die Tatsache, dass in den Bundesländern, wo der Anteil der teilgenommenen Gemeinden am höchsten ist, (siehe auch 5) die Teilnahme der Bürgermeister besonders gering ausgefallen ist.

6.2 Teil 2 der Umfrage Information und Kommunikation

Um Wissensmanagement und seine Möglichkeiten verstehen bzw. erkennen zu können, ist die Information woher unsere Daten, Informationen und Wissen kommen, unabdingbare Voraussetzung.

6.2.1 Zusammenfassung über die Frage woher die Informationen für die tägliche Arbeit bezogen werden:

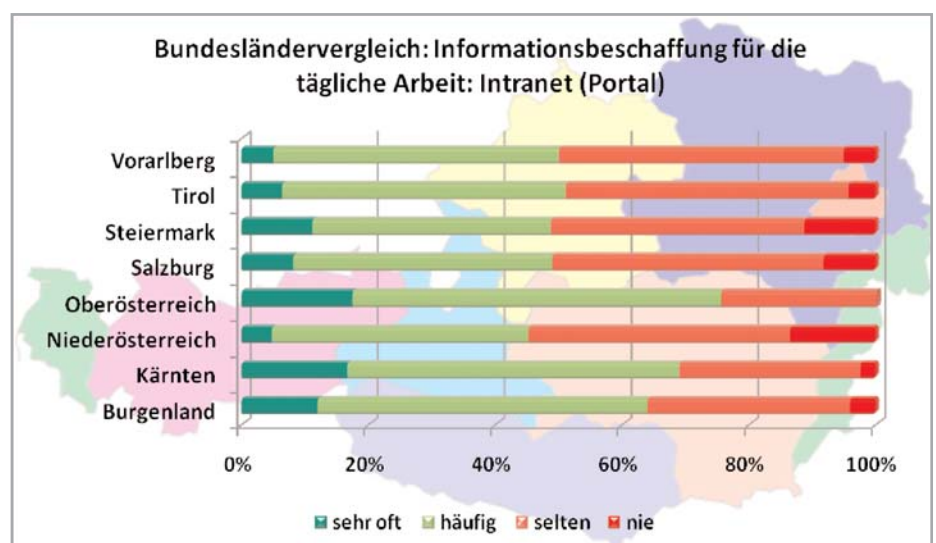
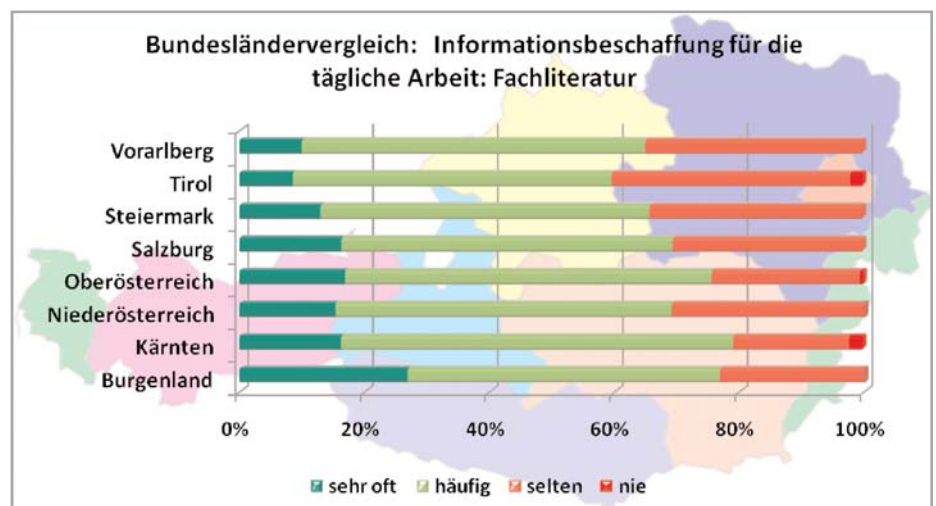
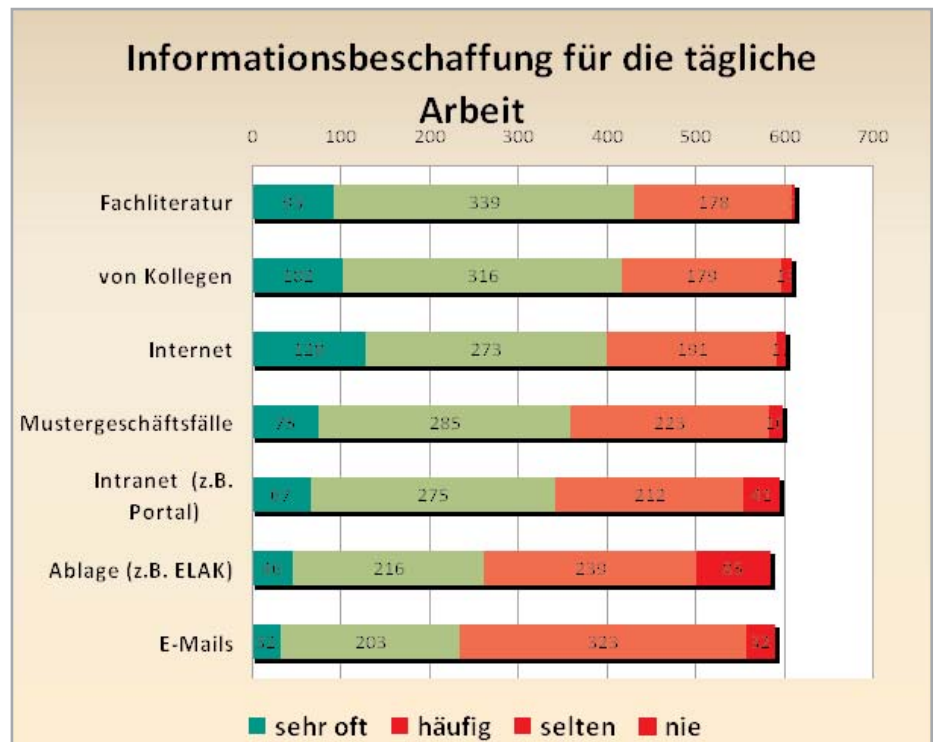
Das Ergebnis bei der Befragung zur Informationsbeschaffung für die tägliche Arbeit zeigt die noch sehr „konservativen“ Informationskanäle. Mit „Fachliteratur“ und „von Kollegen“ als Antwort wird dies sehr deutlich sichtbar.

Um einen Überblick im Ländervergleich zu erhalten, wurde die konservative Möglichkeit zur Informationsbeschaffung „Fachliteratur“ und die auf „technischem Wissensmanagement“ basierende Möglichkeit des „Intranets (Portal)“ dargestellt.

Die **rechte** Grafik zeigt, dass die Bundesländer Vorarlberg und Tirol eher nicht auf Fachliteratur zurückgreifen, was in Burgenland eher der Fall ist.

Bei der Informationsbeschaffung über das Intranet sieht man die häufige Verwendung in den Bundesländern Oberösterreich, Kärnten und Burgenland.

6.2.2 Woher beziehen Sie die für Ihre Arbeit wichtigen Informationen? (Mehrfachantwort möglich)



Weiters wurde eine offene Frage angegeben, Trennung durch gestellt: „ich verwende andere Beistrich)“.

Quellen (bitte in Stichworten

In einer Grafik zusammengefasst ergibt die offene Frage untenstehendes dargestelltes Ergebnis.

Um eine Interpretation im Hinblick auf die Kosten für die Informationsbeschaffung zuzulassen, wurden die Balken nach unterschiedlichen Gesichtspunkten eingefärbt.

• **ROT:**

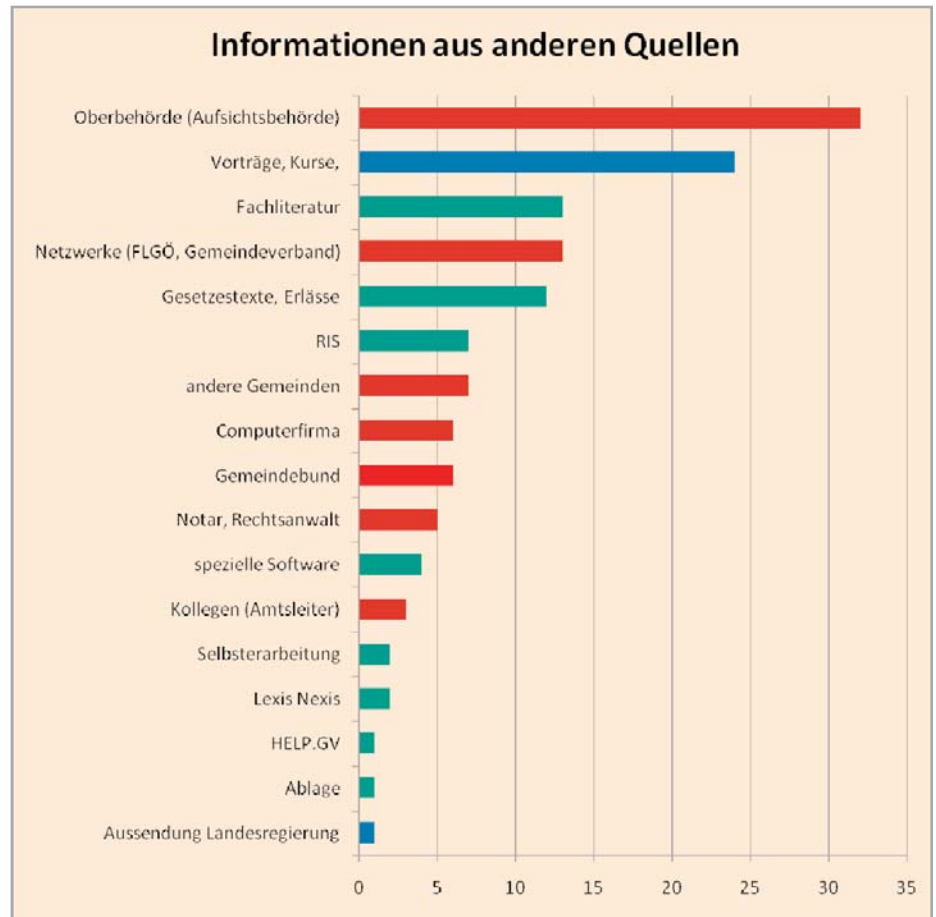
Zwei Weg Kommunikation

Die Zwei Weg Kommunikation ist ein wechselseitiger Kommunikationsprozess, wobei Sender und Empfänger ihre Rollen zwischen senden, empfangen und interpretieren, wechseln. Diese Art des Kommunizierens kann über Telekommunikation (one-to-one) oder durch interpersonale Kommunikation (face-to-face) erfolgen. Die Kosten für diese Art der Informationsbeschaffung sind hoch, da der Nutzen normalerweise nur für eine Person entsteht, obwohl die oft bedeutenden Zeitressourcen von zwei Personen verbraucht werden. Beispiele dafür sind: Vertragsberatung durch Notar, Rechtsberatung durch Rechtsanwalt (z.B. bei einer Ausschreibung), Ablaufinformation für eine neue Aufgabe für die Gemeinde durch einen Mitarbeiter der Landesregierung usw.

• **BLAU:**

Ein Weg Kommunikation durch Gruppen- und Organisationskommunikation

Typische Beispiele für diese Art der Informationstransfers sind Kurse und Seminare, sowie Rundschreiben und Newsletter. Die Kommunikation ist einseitig und es kann eine räumliche und/oder zeitliche Distanz zwischen den Kommunikationspartnern geben und auch mittels technischer Hilfsmittel erfolgen (E-Mail-Rundschreiben). Die Kosten sind für diese Art der Informationsweitergabe eher gering. Bei einer an die Bedürfnisse der Gemeinden angepassten Struktur und guter Organisation, kann diese Möglichkeit der Informations-



weitergabe die Zwei Weg Kommunikation in vielen Bereichen unterstützen und ersetzen.

• **GRÜN:**

Ein Weg Kommunikation durch Abruf aus Datenspeicher

Die Beschaffung von Information aus Datenspeicher ist grundsätzlich eine sehr effiziente Möglichkeit, ob sie auch effektiv ist, hängt jedoch von der Datenqualität ab. Da in der öffentlichen Verwaltung grundsätzlich von einer guten und umfassenden Datensammlung ausgegangen werden kann, ist somit die Frage nach der Bereitstellung und der Auffindbarkeit von großer Bedeutung. An dieser Stelle wird auf die Frage „Was würde Sie bei der Einführung eines optimalen Informations-(Wissens) Management unterstützen“, verwiesen (siehe 6.3.1). Das doch erstaunliche Ergebnis dieser offenen Frage war der mit Abstand am meisten gemachte Vorschlag nach verbesserten Suchfunktionen. Diese für die Gemeinden kostengünstigste Variante der Infor-

mationsbeschaffung kann bei bedarfsgerechter Organisation, sowohl die Zwei-Weg-Kommunikation, wie auch die Ein-Weg-Kommunikation durch Gruppen- und Organisationskommunikation weitreichend ersetzen.

6.2.3 Wie oft holen Sie sich Informationen aus den nun angeführten Beschaffungskanälen? (Anzahl pro Woche)

Die Frage nach der Anzahl der E-Mails pro Woche an Bundes- und Landesdienststellen bzw. Telefonaten zu anderen Gemeinden zum Zwecke der Informationsbeschaffung brachte untenstehendes Ergebnis: Zuerst wurde der prozentuelle Anteil der Amtsmanager, die die abgefragten Informationskanäle benutzen, ausgewertet. Danach wurde von diesen Personen die Anzahl der Beschaffungsvorgänge berechnet. Hier ist die klare Präferenz von Telefonaten zu anderen Gemeinden und E-Mails zu Landesdienststellen zu erkennen.

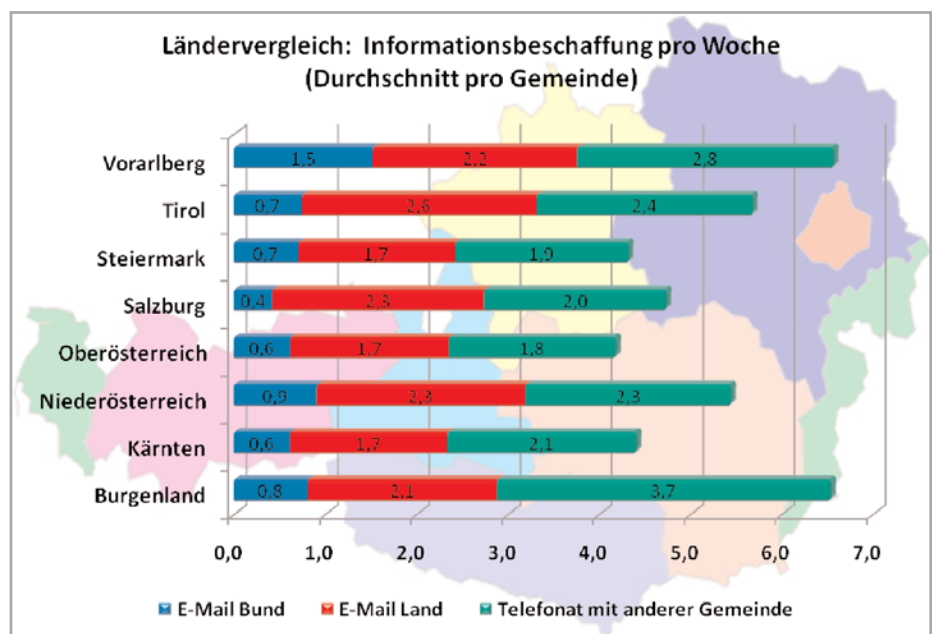
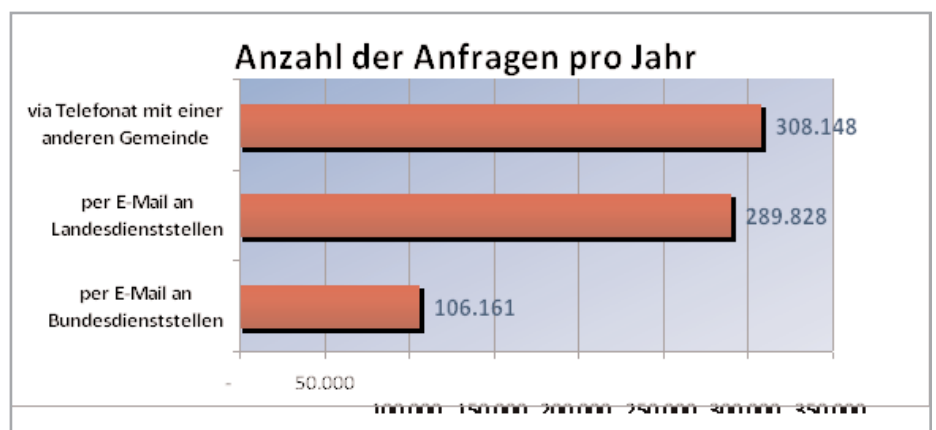
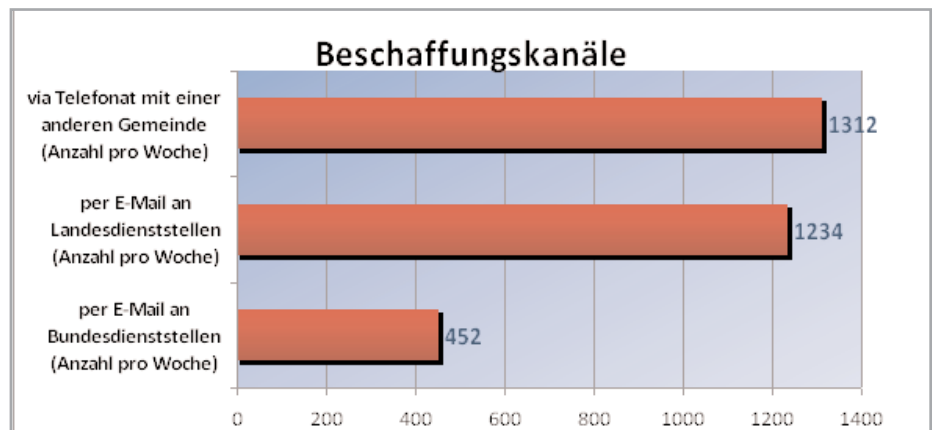
Bei den abgefragten Gemeinden war die Anzahl der Informationsbeschaffungen über die abgefragten Kanäle wie folgt:

Der Datenbestand aus der Umfrage repräsentiert die Gemeinden mit einem Einwohneranteil von 22,14%.

Hochgerechnet auf ein Kalenderjahr und auf 100% EW-Anteil (ohne Wien) ergibt dies folgende Daten. Zu beachten ist hierbei jedoch die Tatsache, dass die Grundlage für diese Berechnung die Beantwortung durch die Amtsmanager ist. Um die Gesamtanzahl der Anfragen aus den österreichischen Gemeinden an Land und Bund mittels E-Mail bzw. per Telefon bei anderen Gemeinden zu erhalten, müssten alle Verwaltungsmitarbeiter eingebunden, oder eine technische Analyse vorgenommen werden.

Die Größenordnung des Einsparungspotentials sieht man anhand eines Beispiels in folgender Überschlagsrechnung: Allein bei den Telefonaten der Amtsleiter zu einem Kollegen zwecks Informationsbeschaffung ist ein Einsparungspotential von € 200.000,-- vorhanden, bei Annahme einer möglichen Reduktion der Anzahl der Telefonate um 20%. Die Grundlage der Überschlagsrechnung sind: 300.000 Telefonate, Dauer ca. 5 Minuten, Kosten pro Stunde des Auskunftgebenden inklusive aller Nebengebühren von € 40,--. Das Potential der monetären Einsparung ließe sich nun fortsetzen, so z.B. für alle Mitarbeiter, für alle Informationsbeschaffungskanäle usw.

Beim Ländervergleich ergibt sich folgendes interessantes Ergebnis: mit dem Bund kommunizieren die Vorarlberger via E-Mail am meisten (durchschnittlich 1,5 pro Woche), ebenfalls mit ihrer Landesregierung (2,2), was nur noch von den Tirolern übertroffen wird (2,6). Mit anderen Gemeinden telefonieren die burgenländischen Amtsleiter und Bürger-



meister, siehe dazu auch die Grafik Bürgermeisterbeteiligung, die in Burgenland mit 23% überraschend hoch war, am meisten.

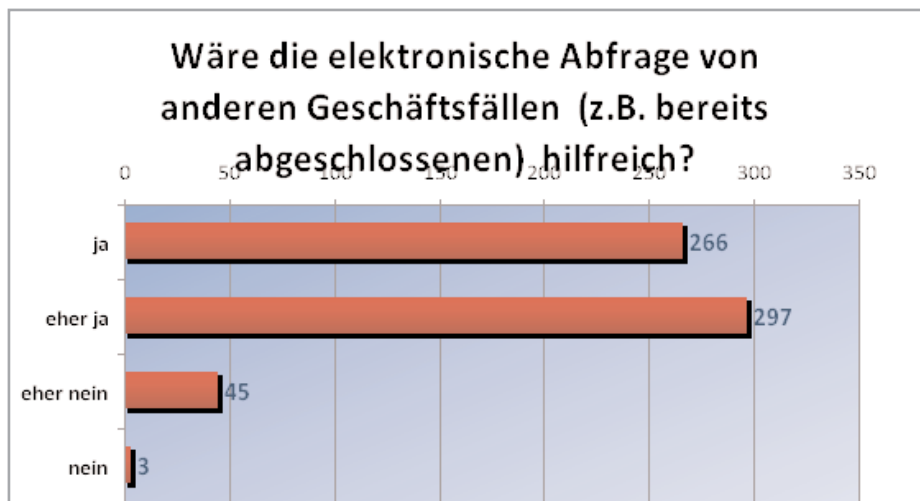
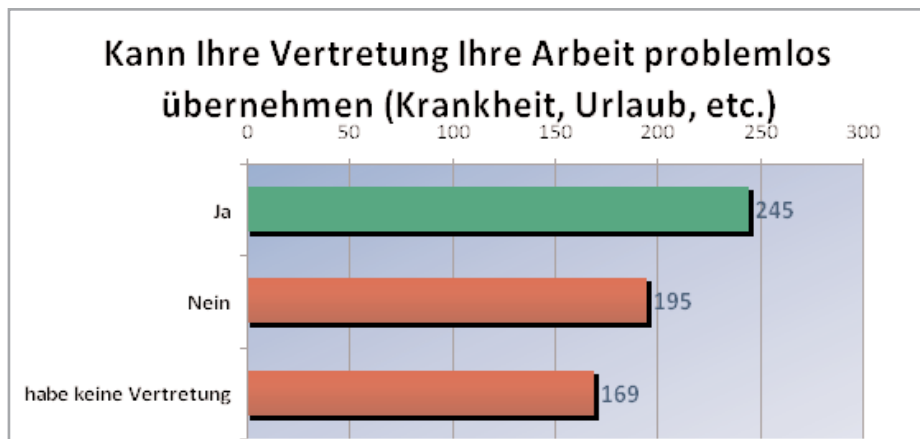
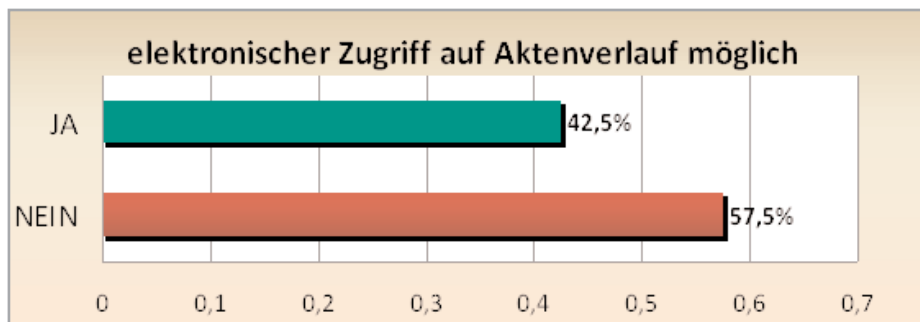
Die „Eigenständigkeit“ von Gemeinden im Hinblick auf notwendige Informationen sieht man an der geringeren Nutzung der drei (externen) vorgegebenen Informationsbeschaffungskanälen. Es sind dies die Gemeinden in den Bundesländern Oberösterreich, Steiermark, Kärnten und Salzburg.

6.2.4 In welcher Form können Sie auf den Aktenverlauf zugreifen?

Wenn die Personen, die keinen direkten Zugriff auf den Aktenverlauf haben und jene, die diesen nur in Form des Papieraktes haben, zusammenzählt werden, so sind dies 349 Personen bzw. 57,5%, die keinen elektronischen Zugriff auf den Aktenverlauf haben. Hier scheint großes Potential für die Verwaltungsmodernisierung innerhalb der Gemeindeorganisationen zu bestehen.

6.2.5 Kann Ihre Vertretung Ihre Arbeit problemlos übernehmen (bei Krankheit, Urlaub etc.)

Auch Bürgermeister und Amtsleiter sind im Urlaub oder vorübergehend anderweitig an der Dienstausübung verhindert. Die Vertretung des Bürgermeisters ist in den Gemeindeordnungen, die der Amtsleiter innerhalb der Gemeindeorganisationen durch Ernennung geregelt. Um eine reibungslose Vertretung zu ermöglichen, ist neben der Einschulung und der abzugrenzenden Kompetenzen auch eine technische Unterstützung notwendig. Die Frage nach der problemlosen Übernahme der Vertretung ist ernüchternd.



6.3 Wäre es für Ihre Arbeit hilfreich, Informationen aus anderen (z.B. bereits abgeschlossenen) Geschäftsfällen elektronisch zu suchen und abrufen zu können?

Die Abfrage von Informationen aus Geschäftsfällen ist nicht nur für die abgefragten Führungspersonen, sondern auch für Vertretungen usw. von großer Bedeutung. Das Ergebnis ist hier mit über 92% Zustimmung eindeutig.

6.3.1 Was würde Sie bei der Einführung eines optimalen Informations-(Wissens-)Managements unterstützen? (Stichworte, Trennung durch Beistrich)

Zu dieser offenen Frage wurden 257 Vorschläge gemacht. Zur besseren Übersicht sind die Antworten in 10 Bereiche gegliedert:

SUCHE nach Wissen- und Information -

65 Vorschläge

Den höchsten Bedarf bei der Einführung eines optimalen Wissensmanagements sehen die Amtsmanager im Bereich der „Suche“. Die häufige Nennung dieses Schlagwortes, nämlich 65 mal, ist erstaunlich, deutet dies doch darauf hin, dass derzeit viel Zeit mit dem Suchen „verbraucht“ wird.

Der humanorientierte Ansatz -

64 Vorschläge

An zweiter Stelle steht der Mensch im Mittelpunkt, also der humanorientierte Ansatz des Wissensmanagements. Zunehmend wird versucht, den humanorientierten und den technologische Ansatz in einem ganzheitlichen Konzept zu verwirklichen. Bei dieser ganzheitlichen Realisierung von Wissensmanagement werden die intellektuellen Fähigkeiten beim Umgang mit Wissen und Daten mit der modernen Informations- und Kommunikationstechnologie verbunden.

Der Wunsch nach Einbindung ist aus 64 Nennungen in diesem Bereich sichtbar.

Muster(vorlagen) -

34 Vorschläge

34 Antworten gab es zum Bereich Mustervorlagen wie Bescheide, Texte, Verordnungen.

ELAK -

29 Vorschläge

Der Elektronische Akt bzw. Funktionalitäten davon werden 29-mal als Unterstützung für Wissensmanagement vorgeschlagen.

Workflows -

18 Vorschläge

Bei den Workflows wurde häufig auch die Visualisierung (Darstellung) vorgeschlagen.

Wissensdatenbank oder damit zusammenhängende

Möglichkeiten - 17 Vorschläge

Hier wurden verschieden Datenbanken vorgeschlagen, am meisten eine zentrale Abfragemöglichkeit, die strukturiert und leicht bedienbar sein soll.

Rechtsdatenbank -

12 Vorschläge

Auch hier wurden verschiedene Wünsche geäußert, die Aktualität der Gesetze wurde mehrmals genannt.

Sonstige Vorschläge -

12 Vorschläge

In diesem Bereich wurde unter anderem Zweigleisigkeiten im GIS beklagt. Weiters kam auch mehrmals der Wunsch nach einer einheitlichen Software für den gesamten öffentlichen Dienst.

Schnittstellen -

6 Vorschläge

Die hier genannten Vorschläge sind grundsätzlich alle möglich und könnten von den betroffenen Gemeinden eingeführt werden.

Benchmark -

2 Vorschläge

Beim Benchmark war ein Vorschlag mehr Kostentransparenz.

7. Nachsatz

In diesem Artikel wurden 2 der 8 Bereiche der Umfrage beschrieben.

Die weiteren Zusammenfassungen zu den Ergebnissen gibt es in der nächsten KM, bzw. wird es Veröffentlichungen dazu geben.

Zum Autor:



*Franz Haugensteiner,
Amtsleiter der Gemeinde Purgstall
an der Erlauf und
Obmann des FLGÖ - NÖ
www.purgstall.at
www.flgoe-noe.at*

Danke für die rege Teilnahme an der Umfrage und den vielen Anregungen zu diesem Thema!

Im Rahmen meines Besuches des Lehrganges E-Government an der Donau-Universität Krems habe ich eine Masterthese mit dem Thema „Hat Wissensmanagement Potential in der öffentlichen Verwaltung?“ erarbeitet. Dazu gab es die österreichweite Umfrage, die in der KM digital Nr. 10 vom März 09, vorgestellt wurde <http://www.flgoe.at/system/web/zeitung.aspx?menuonr=220013999>.

Bei dieser Umfrage haben trotz des großen Umfanges von 167 Fragen 624 (!) Gemeinden mitgemacht und ein umfassendes Bild über Wissensmanagement in der österreichischen Verwaltung abgegeben.

Ich möchte mich an dieser Stelle für die großartige Unterstützung beim Österreichischen Gemeindebund, Dr. Robert Hink und Präsident Mödlhammer, für die technische Unterstützung bedanken. Ebenso wäre so eine groß angelegte Umfrage nicht ohne der vielen Anregungen durch die Donau Universität Krems, Dr. Parycek und Mag. Höchtl, durch ProAudit, Dr. Thomas Auinger, dem FLGÖ, dem Bundeskanzleramt und der Gemdat NÖ möglich geworden.

Diese Arbeit und auch die zum Teil doch überraschenden Ergebnisse der Umfrage sollen zur Sensibilisierung des Themas beitragen und können eine wesentliche Grundlage zur Verwaltungsmodernisierung sein.

Derzeit werden Stellungnahmen eingeholt, diese werden ebenfalls Teil der Arbeit sein. Es wird in den nächsten Wochen eine Präsentation der Ergebnisse und Stellungnahmen geben.

Für weitere Anregungen und Stellungnahmen bin ich dankbar, für weitere Diskussionen zu Ergebnissen der Umfrage und Verwaltungsmodernisierungen könnte es schon demnächst ein (eventuell nur für Bürgermeister und Amtsleiter zugängliches) Forum im Internet geben.

Bis dahin freue ich mich über jeden Kontakt!

*Kontakt:
amtsleitung@purgstall.at,
Rathaus 07489/2711-11,
Mobil 0676/5575501*